



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Diakonie 

**Neue Partnerschaften in einer erweiterten EU:
Voneinander lernen – Soziale Infrastrukturen stärken**

**New Partnerships in an Enlarged EU:
Learning from Each Other – Strengthening Social Infrastructures**

Dokumentation

Auswertungsworkshop am 8. Dezember 2003
in der Diakonischen Akademie Deutschland in Berlin,
durchgeführt im Rahmen des Observatoriums
für die Entwicklung der sozialen Dienste
in Europa, organisiert vom Diakonischen Werk
der Evangelischen Kirche in Deutschland
in Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ.



Observatorium für die
Entwicklung der sozialen
Dienste in Europa

IMPRESSUM

Herausgeber:

Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Dienststelle Berlin,
Reichensteiner Weg 24 D - 14195 Berlin
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Beobachtungsstelle für die Entwicklung
der sozialen Dienste in Europa, Am Stockborn 5-7 D – 60439 Frankfurt am Main

Diese Publikation ist eine Veröffentlichung des „Observatoriums für die Entwicklung der
sozialen Dienste in Europa“ und ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt.

Das Observatorium ist ein Projekt, das aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin, gefördert wird.

Träger des Observatoriums (<http://www.soziale-dienste-in-europa.de>) sind:

Institut für Sozialarbeit und
Sozialpädagogik e.V.
Beobachtungsstelle für die Entwicklung der
sozialen Dienste in Europa
Am Stockborn 5-7
D – 60439 Frankfurt am Main
Tel.: +49-(0)69-957 89-0
Fax: +49-(0)69-957 89-190
info@iss-ffm.de
www.iss-ffm.de

Deutscher Verein für öffentliche und private
Fürsorge e.V.
Geschäftsführung der Koordinierungsgruppe
des Observatoriums
Michaelkirchstraße 17/18
D – 10179 Berlin
Tel.: +49-(0)30-62980-320
Fax: +49-(0)30-62980-351
kontakt@deutscher-verein.de
www.deutscher-verein.de

Redaktion:

Dr. Stephanie Scholz, Diakonisches Werk der EKD, scholz@diakonie.de

Titelgestaltung:

UVA Kommunikation und Medien GmbH
D – 14482 Potsdam

Druck:

Diakonisches Werk der EKD, Bereich Wirtschaft und Verwaltung, Druck und Mailing,
Karlsruher Str. 11 70771 Echterdingen

Bestellungen:

- Zentraler Vertrieb des Diakonischen Werkes der EKD, vertrieb@diakonie.de
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
Beobachtungsstelle für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa
Am Stockborn 5-7
D – 60439 Frankfurt am Main
info@iss-ffm.de

Auflage:

500

Erscheinungsdatum:

August 2004

**Neue Partnerschaften in einer erweiterten EU:
Voneinander lernen – Soziale Infrastrukturen stärken**

***Ein Auswertungsworkshop zum Kooperations- und Beratungsbedarf
von Wohlfahrts-Partnern und Kommunen in Polen, in der Slowakei, in
der Tschechischen Republik und in Ungarn***

**New Partnerships in an Enlarged EU:
Learning from Each Other - Strengthening Social Infrastructures**

***A Workshop analysing needs for cooperation and consulting as perceived
by the individual bodies of social services in the accession countries
Poland, Slovakia, Czech Republic and Hungary***

Dokumentation der Tagung am
08. Dezember 2003
in der Diakonischen Akademie Deutschland
in Berlin-Pankow

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Programm	5
Grußwort	7
<i>Christel Riemann-Hanewinckel, PSts, BMFSFJ</i>	
Rolle der sozialen Dienste im Transformationsprozess	11
<i>JUDr. Kristin Koldinsk</i>	
Gliederung der Präsentation	16
Ergebnisse der Befragung zum Kooperations- und Beratungsbedarf aus Sicht einzelner Träger sozialer Dienste in den Beitrittsstaaten	20
<i>Beatrix Holzer</i>	
Artikulations- und Partizipationsaspekte (AG I)	33
<i>Moderation: Dr. Stephanie Scholz</i>	
Situationsanalyse – Hauptschwierigkeiten und Problemlagen (AG II)	35
<i>Moderation: Dr. Rudolf Martens</i>	
Kooperationen und Bedarfe (AG III)	42
<i>Moderation: JUDr. Kristin Koldinsk</i>	
Schlusswort	44
<i>Dr. Manfred Ragati, Präsident BAG FW</i>	
English Summary	48
Fragebogen	54
Survey	65
Teilnehmende	76
Internetadressen	80

Einleitung

Zu diesem Auswertungsworkshop zum Kooperations- und Beratungsbedarf von Wohlfahrts-Partnern und Kommunen in Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn hat das Diakonische Werk der EKD e.V. in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie mit dem Observatorium für die Entwicklung der Sozialen Dienste in Europa eingeladen. Unter dem Motto „*Neue Partnerschaften in einer erweiterten EU: Voneinander lernen – Soziale Infrastrukturen stärken*“ fand die Fachtagung am 08. Dezember 2003 in der Diakonischen Akademie Deutschland in Berlin-Pankow statt.

Der Auswertungsworkshop zum Kooperations- und Beratungsbedarf von Anbietern sozialer Dienstleistungen in EU-Beitrittsstaaten stand in direktem Zusammenhang mit der vom Diakonischen Werk der EKD im September 2001 durchgeführten Fachkonferenz „Die EU-Osterweiterung: Chancen und Risiken für soziale Dienste. Eine deutsche Positionsbestimmung“. Der Workshop sollte als Follow up die in der Veranstaltung von 2001 erarbeiteten Grundlagen in einen konkreten und aktuellen Praxisbezug bringen.

Grundlage des Workshop bildete eine Erhebung, die das Observatorium für die Entwicklung der Sozialen Dienste in Europa in den Beitrittsstaaten Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn durchgeführt hatte. Gegenstand der Befragung war der Kooperations- und Beratungsbedarf von Trägern sozialer Dienste, der in enger Kooperation mit den deutschen Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den Kommunen im Sommer 2003 mittels zweisprachiger Fragebögen ermittelt wurde. Eine zusammenfassende Auswertung anhand der einzelnen Themenkomplexe der Fragebögen erfolgt durch die Beobachtungsstelle, deren Ergebnis dem Workshop als Arbeitsgrundlage zur Verfügung stehen wird.

Der Auswertungsworkshop verfolgte im wesentlichen das Ziel, die in der Erhebung gewonnenen Ergebnisse zum Kooperations- und Beratungsbedarf in einen ganzheitlichen Zusammenhang zu stellen und gegebenenfalls Handlungsempfehlungen auszusprechen. Die Ergebnisse der Befragung sollten durch den geographisch, institutionell und funktional unterschiedlich zusammengesetzten Teilnehmendenkreis einer differenzierenden Betrachtung zugeführt und mit individuellen Erfahrungen, aber auch Visionen verknüpft werden. Der Workshop sollte Forum für einen ergebnisoffenen Austausch im EU-Erweiterungsbereich zwischen Akteuren in Deutschland und den vier Beitrittsstaaten (Visegrad-Ländern) mit dem Thema „soziale Dienste“ sein.

Ein zentraler Punkt war die Aufdeckung der bestehenden Lücken von gewollten Kooperations- und Beratungsstrukturen und die Schaffung bzw. der Ausbau eines Netzwerks zwischen den Spitzenverbänden und ihren Mitgliedern im Wohlfahrts- und kommunalen Bereich auf der deutschen sowie entsprechend auf der Seite der neu in die EU aufzunehmenden Staaten. Der Workshop hatte zum Ziel, die thematischen Bereiche aufzuzeigen, die für die Erbringer sozialer Dienste Schwerpunkte bilden. Bei alledem war auch der eher übergreifende Aspekt mit in die Gespräche aufzunehmen, dass die inhaltliche Ausrichtung der

Kooperationsbedarfe ein wertvolles Kriterium für die Ausprägung eines europäischen Gemeinwohlverständnisses als Bestandteil des Europäischen Sozialmodells ist.

Insgesamt sollte der Workshop ganz konkret dazu beitragen, Dialogstrukturen aufzubauen und zu vertiefen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern sowie eine Stärkung der Zivilgesellschaft in den EU-Beitrittsstaaten zu unterstützen. Die Erwartungen richteten sich gleichfalls darauf, dass der Workshop zu einem verbesserten Networking im Bereich der sozialen Dienste europaweit beizutragen vermag.

Programm

- 10.00 – 10.15 Uhr: **Begrüßung**
(Frau PSts Christel Riemann-Hanewinckel, BMFSFJ)
- 10.15 – 11.00 Uhr: **Referat Dr. Kristina Koldinská**,
Universität Prag/Tschechien

Vorstellung des Gutachtens über die Rolle der sozialen Dienste im Transformationsprozess – rechtliche Rahmenbedingungen und Organisationsformen
- 11.00 – 11.45 Uhr: **Referat Beatrix Holzer**, Observatorium für die Entwicklung der Sozialen Dienste in Europa, Frankfurt/Main

Vorstellung der Ergebnisse der Befragung zum Kooperations- und Beratungsbedarf aus Sicht einzelner Träger sozialer Dienste in den Beitrittsstaaten (Trendanalyse)
- 11.45 – 12.00 Uhr: **Kurzvorstellung der Arbeitsgruppen** und deren Zielsetzung,
Dr. Stephanie Scholz, DW EKD
- 12.00 – 13.00 Uhr: **gemeinsames Mittagessen** im Casino der Akademie
- 13.00 – 15.30 Uhr: **Horizontale Analyse und perspektivische Betrachtung der Ergebnisse** in 3 Arbeitsgruppen
1. **Artikulations- und Partizipationsaspekte**
(Moderation: Dr. Stephanie Scholz, DW EKD/ Berlin)
 - Kooperationen mit politischen Entscheidungsträgern im Zusammenhang mit der Organisationsform des Trägers/der Einrichtung
 - Beteiligung am staatlichen Willensbildungs-prozess, insbesondere an sozialpolitischen Prozessen (Rechte und Möglichkeiten)
 - Mitgliedschaft in nationalen und europäischen Dachverbänden (Form, Art und Praxis der verbandlichen Kommunikation)
 - die Rechte der Nutzer/-innen sozialer Dienste zur Einbringung in sie berührende Prozesse und die Praxis

⇒ Sind Verbesserungskonzepte vorhanden?/Werden sie als nötig erachtet?/woran scheitert ihre Umsetzung?

2. **Situationsanalyse – Hauptschwierigkeiten und Problemlagen**

(Moderation: Dr. Rudolf Martens, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband/Berlin)

- Finanzierung, Gesetzgebung, gesellschaftliches Meinungsbild, etc.
- Angebot grenzüberschreitender sozialer Dienste
- Finanzierung aus EU-Förderprogrammen

=> Sind Verbesserungskonzepte vorhanden?/Werden sie als nötig erachtet?/woran scheitert ihre Umsetzung?

3. **Kooperationen und Bedarfe**

(Moderation: Dr. Kristina Koldinská, Universität Prag/Tschechien)

- Vorhandene Kooperationsstrukturen (national, mit Deutschland, mit anderen EU-Mitglieds- bzw. Beitrittsstaaten)
- Schwerpunkte der Kooperations- und Beratungsbedarfe

=> Sind Verbesserungskonzepte vorhanden?/Werden sie als nötig erachtet?/woran scheitert ihre Umsetzung?

- 15.30 – 15.45 Uhr: Kaffeepause
- 15.45 – 16.45 Uhr: Zusammenführung der Ergebnisse im Plenum mit anschließender Diskussion
- 16.45 – 17.15 Uhr: Schlusswort (Dr. Manfred Ragati, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft AG FW)
- 17.30 Uhr: Ende der Veranstaltung
- Gesamtmoderation:** Prof. Dr. Hanns-Stephan Haas, Leiter der Diakonischen Akademie Deutschland, Berlin

Grußwort

Christel Riemann-Hanewinckel, Parlamentarische Staatssekretärin, BMFSFJ

Die Europäische Union verändert ihr Gesicht. Sie wandelt sich, wird größer und diskutiert über ihre Zukunft – und kommt dabei erheblich voran.

Wir wollen miteinander reden, einander verstehen und bestehende Unterschiede wertschätzen. Das Europäische Einigungswerk ist eine Geschichte des Dialogs zwischen Gesellschaften, Kulturen und den Teilnehmern am Sozial- und Wirtschaftsleben.

Diese Veranstaltung möchte hierzu einen spezifischen Beitrag leisten.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten realisieren mit der EU-Erweiterung eines der erfolgreichsten Projekte in ihrer gemeinsamen Geschichte.

Fünfzig Jahre politische und wirtschaftliche Teilung des Kontinents zwischen Westen und Osten werden im nächsten Jahr hinter uns liegen.

Wir können nun gesamteuropäisch Vorhaben realisieren, die uns die unsägliche Teilung des Kontinents viel zu lange unmöglich gemacht hat.

Das Vorhaben EU-Erweiterung ist bedeutsam. Die Namen der 10 Länder, die im nächsten Jahr beitreten werden, belegen dies eindrucksvoll.

Leider gibt es nach wie vor eine Diskrepanz zwischen dem, was wir erreichen möchten und einer noch zu weit verbreiteten Zurückhaltung.

Die Vielzahl der Probleme auf nationaler und europäischer Ebene lies in der Vergangenheit so manchen an dem Projekt EU-Erweiterung zweifeln.

In Deutschland bestreiten wir derzeit eine Modernisierungsdebatte, die uns allen Kraft und Opfer abverlangt. Wir reformieren unsere sozialen Sicherungssysteme, um sie zukunftsfest zu machen.

Auch die EU-Erweiterung ist mit Unsicherheit und Herausforderungen verbunden. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Erweiterung im Ergebnis einen wichtigen Schub für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand in ganz Europa bringen wird. Die EU-Erweiterung wird damit langfristig auch zur Stabilisierung der Sozialsysteme in allen Mitgliedstaaten beitragen und nicht - wie so oft gemutmaßt - zu ihrer Schwächung.

Ich bin ganz sicher, dass diese Erweiterungsrunde auf einem guten Fundament steht. Die EU-Erweiterung ist zudem eine Notwendigkeit und keine beliebige Option. Wir einigen unseren Kontinent in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Demokratie.

Dies entspricht den wirtschaftlichen und politischen Interessen aller europäischer Staaten und ihrer Gesellschaften.

Der formelle Abschluss der EU-Erweiterung ist Beginn einer neuen europäischen Zeitrechnung. Er ist aber auch gleichbedeutend mit einem umfassenden Katalog neuer Aufgaben, die wir gemeinsam erledigen müssen.

Die Verbesserung der Lebenslagen von Frauen, älteren Menschen, Kindern und Jugendlichen und ihren Familien in den Beitrittsstaaten muss ganz oben auf der politischen Agenda der Europäischen Union und ihrer bisherigen und neuen Mitgliedstaaten stehen.

Mir ist dabei wichtig, dass der soziale Zusammenhalt in der erweiterten Union genauso so stark ist wie in dem schon fast sprichwörtlichen alten Europa.

Wir brauchen in ganz Europa soziale Stabilität als Investition in wirtschaftliches Wachstum.

Ein zentrales Instrument hierfür ist ein guter sozialer Schutz, der umgesetzt wird in einem allen Menschen zugänglichen Netz qualitativ guter sozialer Dienste.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern muss in der Realität in ganz Europa auf einem angemessenen Niveau gewährleistet werden.

Die Beitrittsstaaten haben in den vergangenen Jahren in der Übernahme des Aquis in den Bereichen Beschäftigung und Soziales viel erreicht und den gesetzten Bedingungen entsprochen.

Der Prozess der Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme in den Beitrittsländern ist grundlegend und hat für die Bürgerinnen und Bürger in diesen Ländern viele Veränderungen mit sich gebracht.

Es gibt erhebliche Unterschiede bei den Reformfortschritten zwischen den einzelnen Ländern. Es gibt Reformansätze, die heute schon wegweisend sein können für die bisherigen EU-Mitgliedstaaten, deren Strukturen im Bereich der sozialen Sicherung modernisierungsbedürftig sind. Wir benötigen in der Europäischen Union ein Wirtschafts- und Sozialmodell, das die besten Elemente der bisherigen und neuen Mitgliedstaaten vereint.

Wir müssen uns immer wieder vergegenwärtigen, dass die Union keine Bittsteller integriert, sondern Staaten und Gesellschaften, die Europa in der Vergangenheit wirtschaftlich, kulturell und sozial mitgeprägt haben und deren Beitrag und „good practices“ wir in Zukunft dringend brauchen.

Dies war eines der zentralen Ergebnisse der Veranstaltung: „Die EU-Erweiterung: Chancen und Risiken für soziale Dienste. Eine deutsche Positionsbestimmung“, die wir im September 2001 in Berlin durchgeführt haben.

Ich habe in Vorbereitung des heutigen Ereignisses auch die Tagungsdokumentation zur Veranstaltung zu Fragen des sozialen Dialogs in Mitteleuropa, die mit Unterstützung des BMFSFJ im November 2002 in Bratislava stattgefunden hat, noch einmal gelesen.

Die Berichte aus Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei sind ein beeindruckender Beleg für die Dynamik der Modernisierungsprozesse im Bereich der sozialen Dienste in diesen Ländern.

Bei allen Unterschieden kann man beinahe universelle Tendenzen der Entwicklung feststellen, die sich an die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Dienstleistungsregime sozialer Dienste in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union orientieren. Dies sind:

- die zunehmende Einbindung nichtstaatlicher gemeinnütziger Träger in der Bereitstellung sozialer Dienste
- die Übertragung staatlicher Verantwortung auf lokale Gebietskörperschaften
- das Streben nach verbindlichen Qualitätsstandards für soziale Dienste

Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Situation der sozialen Dienste und ihrer Träger in den Beitrittsstaaten von vielfältigen Schwierigkeiten gekennzeichnet ist. Diese unterscheiden sich allerdings oft nicht grundsätzlich von den Problemen sozialer Dienste in West-, Süd- oder Nordeuropa.

Die Finanzierung der Dienste ist der zentrale Parameter und damit Dreh- und Angelpunkt für alle Sach-, Struktur- und Zuständigkeitsfragen. Die Berechenbarkeit in der Umsetzung des rechtlichen Rahmens ist eine weitere wichtige Rahmenbedingung für die Bereitstellung sozialer Dienste durch die nichtstaatlichen Träger.

Soziale Dienste gemeinnütziger Träger müssen partnerschaftlich in die Sozialplanung von Beginn an eingebunden werden, damit der Gefahr vorgebeugt wird, dass sie als Lückenbüßer missbraucht werden. Im Zuge der Reformen der Gebietskörperschaften, die in vielen Beitrittsländern im Gange sind, müssen die vorhandenen Angebotsstrukturen sozialer Dienste berücksichtigt werden.

Dies sind nur einige wenige Fragestellungen, mit denen viele Beitrittsstaaten seit etwas mehr als einem Jahrzehnt konfrontiert sind, während sie für die bisherigen Mitgliedstaaten seit Jahrzehnten bekannte Problemlagen darstellen.

Trotz nach wie vor unterschiedlicher Entwicklungsstände scheint mir die Zeit reif zu sein für eine neue Stufe der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Trägern sozialer Dienste diesseits und jenseits der nächsten Beitrittsgrenze. Gleichgerichtete Entwicklungstendenzen und die Erfahrungen mit der Bewältigung dem Grunde nach gleichgerichteter Problemlagen geben dieser Zusammenarbeit heute eine bessere Perspektive als noch zu Beginn der 90er Jahre.

Ich halte es für zentral, dass diese Zusammenarbeit länder- und trägerübergreifend strukturiert wird. Dafür bedarf es einer intensiveren Zusammenarbeit der Verbände und Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland und funktionierender Dachverbände in den Beitrittsstaaten.

Wir haben mit den Ergebnissen der Befragung zu den Kooperations- und Beratungsbedarfen des Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste, die in dieser Veranstaltung vorgestellt werden, eine konkrete Grundlage für die weitere Arbeit. Ich bin sehr beeindruckt von den Ergebnissen und erwarte, dass

die Tagung ebenso konkrete Handlungsempfehlungen abgibt, die wir danach aufgreifen können.

Inhalte einer vertieften Kooperation könnten sein der Einsatz ehrenamtlicher Helfer, die gemeinsame Durchführung von Pilotprojekten auf den Feldern sozialer Arbeit vor der flächendeckenden Einführung neuer Verfahren und die Zusammenarbeit zwischen kommunalen Gebietskörperschaften und Nichtregierungsorganisationen und vieles mehr.

Hier stehen Entscheidungen an, die Sie meine Damen und Herren letztlich in eigener Verantwortung treffen müssen. Nationale Regierungen und die EU-Kommission können diese Prozesse unterstützend begleiten. Ich kann hier für die Bundesregierung sprechen und Ihnen unsere Hilfe zusagen.

Das Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste kann weiterhin eine wichtige Unterstützungsfunktion für die Zusammenarbeit der Träger sozialer Dienste in Mittel-, Ost-, und Südeuropa wahrnehmen. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang, dass die finanziellen Mittel knapper werden und dass die Beitrittsstaaten reguläre EU-Mitgliedstaaten werden.

Es wäre aus meiner Sicht auch zu klären, ob im Rahmen der Plattform der sozialen Nichtregierungsorganisationen ein besonderer Arbeitsschwerpunkt auf die neuen EU-Mitgliedstaaten gelegt wird. Dies ist von der Plattform selbst zu entscheiden.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal einen Dank sagen an alle Verbände, Expertinnen und Experten, an das Observatorium zur Beobachtung der Entwicklung der sozialen Dienste und an die Trägerorganisationen, das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik und den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge.

JUDr. Kristin Koldinska, Universität Prag

Vorstellung des Gutachtens über die Rolle der sozialen Dienste im Transformationsprozess – rechtliche Rahmenbedingungen und Organisationsformen

Im Rahmen eines Projekts des Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa wurde zu Beginn des Jahres 2003 mit der Ausarbeitung einer komparativen Analyse begonnen, die Regelungen zum Bereich der sozialen Dienste in einigen EU-Beitrittsstaaten untersuchen und miteinander vergleichen sollte. Diese Expertise wurde im Oktober 2003 fertiggestellt und umfasst die sozialen Dienste in den Ländern Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Sie wurde von einem Forschungsteam unter der Leitung Professor Igor Tomeš, Prag, erstellt. Als Mitglied dieser Forschungsgruppe möchte ich dieses Gutachten vorstellen und die wesentlichen Erkenntnisse zum Rechts- und Organisationsrahmen in den Visegrad-Staaten darstellen.

Die Geschichte der sozialen Sicherung der Menschen begann in Europa konkreter zu werden durch Sozialleistungen und auch soziale Dienste. Polen, Ungarn, die tschechische Republik und die Slowakei, heute Beitrittsländer der Europäischen Union, bilden geographisch und historisch einen Teil Mitteleuropas und so finden sich unter diesen Ländern zahlreiche gemeinsame Eigenheiten. Dies gilt gerade auch für die Entwicklung der Sozialleistungen und der sozialen Dienste. Dabei ist eine schon lange Tradition für die Erbringung von sozialen Diensten in diesen Ländern festzustellen, die sich aus frühen Aktivitäten in Pfarreien und geistlichen Orden entwickelte. Später folgten Formen privater Solidarität, umgesetzt auch durch professionelle Wohlfahrtsarbeit von Städten und Gemeinden, sowie in einer anschließenden Phase, die besonders die Transformationszeit betrifft, in der soziale Dienste vor allem durch die Gemeinden, Regionen und den Staat insgesamt erbracht wurden und noch werden.

Die Zeit, während der die Visegrad-Staaten einen Teil des Sowjetischen-Blocks bildeten, prägte dementsprechend auch ihre Sozialpolitik. Denn das Sowjetische Modell ließ auch hier keinen Spielraum zum Aufbau von nicht-staatlichen Strukturen zu, vielmehr spiegelten die sozialen Dienste die Muster wieder, die typisch für das sowjetische Gesellschaftsverständnis waren. Diese Grundprinzipien gelten im wesentlichen für alle vier untersuchten Länder, sowohl in struktureller Hinsicht als auch bezogen auf ihre historische Entwicklung.

Nach der Wende 1989 standen die hier zu betrachteten Visegrad-Staaten dementsprechend sehr vergleichbaren Problemen gegenüber, die sich verstärkt auch auf dem Gebiet der sozialen Dienste stellten und noch immer stellen.

Die größten Probleme, die mit der geschichtlichen Entwicklung zusammenhingen zeigten sich in concreto bei der Heimpflege (d.h. soziale Dienste in Groeinrichtungen), der Finanzierung der sozialen Dienste insgesamt und im

Zusammenhang mit der Zentralisierung die administrativen Strukturen, die sich naturgemäß auch auf die Bereitstellung sozialer Leistungen auswirkte.

Die Heimpflege, ein aus heutiger Sicht eher „negatives Markenzeichen“ der damaligen Sozialversorgung resultierte aus einem ideologischen Konzept, das darauf beruhte, arme und schwache Menschen zu verbergen und so unterzubringen, dass sie nicht Teil des alltäglichen Straßenbildes werden können. Dazu dienten die Heime für verschiedene Typen von sozialbedürftigen Menschen. Dieses Konzept entspricht heute weder dem heutigen Gesellschaftsmodell in allen vier Transformationsländern noch den neueren Entwicklungen auf dem Gebiet der sozialen Dienste, insbesondere der Rehabilitation von Menschen mit Behinderung oder psychischen Erkrankungen, im gesamten Europa.

Das Finanzierungsproblem gewann in den vergangenen Jahren an verstärkter Brisanz, da zum einen die öffentlichen Haushalte nicht mehr, wie noch in Vor-Wendezeiten, viele Sozialausgaben im Budget vorsahen, sondern zum anderen ebenso wegen der zunehmenden Kosten der Dienstleistungen an sich. Zudem kann eine breite eigene finanzielle Beteiligung der Nutzer gerade an der Erbringung sozialer Dienste in den Ländern, die ich hier beschreibe, kein Petitionum sein. Dies wäre als ein politischer Ansatz, der die Budgets entlasten sollte denkbar, aber kaum realisierbar. Den meisten Menschen wäre der Zugang zu den sozialen Diensten verwehrt. Die genannte administrative Zentralisierung, die in den früheren Staatsformen angelegt worden war, hatte dem Staat als Hauptträger und auch als den Hauptverwalter der sozialen Dienste die wichtigste, fast ausschließliche Rolle auf diesem Gebiet eingeräumt.

Gerade aus diesen teilweise sehr eindimensionalen Strukturen resultieren auch die heutigen Finanzierungsfragen und stellen der gegenwärtigen Politik und Gesellschaft die dringende Aufgabe, die weitere Entwicklung der sozialen Dienste angesichts des hohen Bedarfs bei einer allgemeinen Zugänglichkeit voranzubringen. Im einzelnen verbleiben besonders die folgenden Fragen zu beantworten: Wie lässt sich ein notwendiges und breites Bewusstsein für die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung schaffen, wie sind dabei gesellschaftliche Rolle und Status der Dienstleistenden im sozialen Bereich weiter zu entwickeln und in gefestigte Strukturen zu bringen, welche Reform der sozialen Dienste entspricht den Bedarfen in der Gesellschaft am meisten, wie soll die bereits europaweit so bezeichnete Modernisierung der sozialen Dienste und der Sozialstrukturen allgemein gerade auch in den Visegrad-Staaten stattfinden?

Die gemeinsamen Bedürfnisse in Polen, Ungarn, der tschechischen Republik und der Slowakei verlangen nach einer Strategie, die einige Hauptaufgaben in den Mittelpunkt stellen muss:

- Der Prozess der Dezentralisierung ist als strukturelle Voraussetzung für eine gute Zugänglichkeit der sozialen Dienste weiter umzusetzen. Die sozialen Dienste sollten möglichst in der räumlichen Nähe des Klienten angesiedelt sein, um so individuellen und örtlichen Besonderheiten begegnen zu können. Soziale Dienste kann man nicht zentral leisten.
- Der Staat muss seine frühere vollständige Eigenschaft als Träger aufgeben. Der Umwandlungsprozess von der staatlichen Trägerschaft für soziale Dienste muss auch die Heimpflege umfassen, die nicht durch den Staat erbracht werden soll.
- Insgesamt soll die Heimpflege künftig nicht mehr der alleinige Ort bzw. die alleinige Form der Erbringung von sozialen Diensten sein. Die größere

Einrichtung sollte die zuletzt in Erwägung zu ziehende Lösung für einen bedürftigen Menschen sein.

- Für den Aufbau der privaten Wohlfahrtspflege sollte entsprechend Raum geschaffen werden, so dass soziale Dienste auch durch Wohlfahrtsverbände erbracht werden können. Diese sollten öffentlichen Dienstleistungsträgern gleichgestellt werden.
- Die Art der Finanzierung der sozialen Dienste sollte sich auf unterschiedliche Quellen stützen. Sie sollte insofern geändert werden, als Finanzmittel nicht nur aus dem Staatshaushalt, sondern auch aus Gemeindebudgets, durch Sponsoring und aus anderen Quellen geschöpft werden.
- Eine finanzielle Eigenbeteiligung der Dienstempfänger sollte in einem gewissen Rahmen dann in Betracht kommen, sofern dies die persönliche finanzielle Situation erlaubt.

Diesen Aufgaben, die aus den Problemen in allen vier Staaten entstanden sind, haben sich die Visegrad-Staaten in unterschiedlicher Art und Weise gestellt. Nach 1989 waren neue Rechtsvorschriften für die Erbringung und Finanzierung von Dienstleistungen zu entwickeln; für die sozialen Dienste waren spezielle Regelungen zu schaffen. Als erstes hat Polen schon 1990 ein neues Gesetz im sozialen Bereich verabschiedet, welches die sozialen Dienste für Kinder und Jugendliche neu definiert hat. 1993 wurde in Ungarn ein Gesetz über die Sozialhilfe geschaffen, das die Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen in ihrer Unterschiedlichkeit besser aufnahm. Das Gesetz verlieh insgesamt den sozialen Diensten eine größere Bandbreite und trug damit zur Diversifikation der sozialen Dienste bei. Mit diesem Gesetz wurden zugleich Ausbildungsaspekte für die Beschäftigten dieser Dienstleistungen geregelt. Insgesamt wird dieses ungarische Sozialhilfegesetz allerdings öfters als ungenügend hinsichtlich der notwendigen Reform der sozialen Dienste in Ungarn bezeichnet.

In der Slowakei trat 1998 ein Sozialhilfegesetz in Kraft, während in der Tschechischen Republik noch keine entsprechende Änderung auf dem Gebiet der Sozialhilfe und der sozialen Dienste unternommen wurde.

Die genannte rechtliche Entwicklung sollte auch neue Formen und Typen von Dienstleistungen im sozialen Bereich einführen. Eine der größten Aufgaben in den 90iger Jahren war es, die Heimpflege in den Großeinrichtungen zu reduzieren und andere, dezentralere Formen von Sozialdiensten einzuführen. Dabei wurden verschiedene Formen von Wohlfahrtsdiensten betont und bevorzugt. Trotz dieser Bemühungen herrscht noch immer ein großer Mangel an Diensten der Wohlfahrtspflege sowie weiterer Formen moderner Leistungen von sozialen Diensten, wie etwa psychosoziale Beratung, „home-care“, Gemeinde-Therapie, usw.).

Im privaten Sektor sind verschiedene moderne Formen von sozialen Diensten entsprechend der konkreten Bedarfe vor Ort entstanden. Als Typen bildeten sich vor allem die folgenden heraus:

- Informations- und Leitungsdienste
- Personale Assistenz
- Pflege in Tageszentren
- Heimpflege

Innerhalb dieser Typen entwickelten sich in den vier Staaten einzelne Dienstleistungen, die sich im wesentlichen wie folgt untergliedern lassen:

Zu den Informations- und Leitungsdiensten zählen Beratung, Leitungs- und Dolmetscherdienste, unterstützte Arbeitsplätze, spezielle Programme. Die personale Assistenz bezieht sich auf alle Formen persönlicher Betreuung, Pflege zu Hause, Frühintervention, Erziehungshilfe, Not- und Krisenhilfe. Unter die sogenannte Pflege in Tageszentren werden die unterstützte Unterkunft sowie Unterkunftshäuser gefasst, die Arbeit in Tageszentren selbst, geschützte Arbeitsplätze sowie therapeutische Gemeinschaften. Die Heimpflege erstreckt sich auf alle größeren Einrichtungen, die „Heime“, aber auch auf Gemeinschaftsheime, Halb-Weg-Häuser und die Respiriumpflege. Unter Halb-Weg-Häusern sind Wohneinrichtungen für Jugendliche zu verstehen, die das Alter überschritten haben, um im Kinderheim zu leben oder die aus der Haft entlassen sind und ebenso Begleitung in einen selbständig bestimmten Alltag benötigen. "Respiriumpflege" ist mit der Kurzzeitpflege in Deutschland zu vergleichen, die Angehörigen oder Pflegekräften Erholung von ihrer pflegerischen Arbeit ermöglichen soll.

Die verwaltungstechnische Ausgestaltung der sozialen Dienste erfolgt in den Visegrad-Staaten zunehmend in der Form eines „Public-Private-Mix“. Dies bedeutet, dass sich die Staaten darum bemühen, die Verantwortung für soziale Dienste auf private Wohlfahrtsträger zu übertragen. Nur in der Tschechische Republik lässt sich dies allerdings noch nicht feststellen, wo der Staat noch immer einer der wichtigsten Träger der Heimpflege ist. Aber nicht allein vom Staat auf die private Wohlfahrtspflege findet eine Aufgabenverschiebung statt, sondern ebenso vom Zentralstaat auf die regionalen Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Mittlerweile kann man die Gemeinden und Regionen als die bedeutsamsten öffentlichen Träger von sozialen Diensten in allen Visegrad-Staaten bezeichnen. Zwischen dem privaten und öffentlichen Sektor entwickelt sich vor allem durch den genannten „Public-Private-Mix“ eine intensive Zusammenarbeit. Im Rahmen dieser Kooperation scheint sich folgende Teilung der Aufgaben zwischen öffentlichem und privatem Sektor als besonders positiv auszuwirken: der öffentliche Sektor übernimmt die öffentliche Verantwortung für die Koordination und Schaffung des Systems der sozialen Dienste sowie das Krisen-Management wohingegen der private Sektor (mit öffentlicher Unterstützung) die persönlichen sozialen Dienste erbringt und über die soziale Integration wacht.

In den Visegrad-Staaten leisten und verwalten folgende Akteure soziale Dienste:

Öffentliche:

- Zentralstaat
(Der Staat war der Hauptträger der sozialen Dienste. Diese Aufgabe des Staates soll abgebaut werden, was außer in der Tschechischen Republik auch schon verbreitet durchgeführt ist. Nur dort ist der Staat noch einer der wichtigsten Träger in der Heimpflege)
- Regionen
- Gemeinden

Private:

- Kirchen
- Private Wohlfahrtsverbände, darunter

- Vereine
- Gemeinnützige Gesellschaften
- Stiftungen

Während in Polen die Kirche der wichtigste Dienstleistungsträger ist, sind dies unter den privaten Wohlfahrtsverbänden Tschechiens vor allem die Vereine. Wohlfahrtsverbände haben sich in verschiedenen Formen häufig auch spontan entwickelt, doch sind sie mangels einer sie unterstützenden Gesetzgebung einigen Schwierigkeiten ausgesetzt. Es war erklärtes Ziel in allen vier Staaten, die Träger im Bereich der sozialen Dienste einander gleichzustellen. Eine solche Gleichberechtigung der Träger wurde jedoch nur in Polen umgesetzt, denn dort wurde 2003 eine neue Regelung geschaffen, die Wohlfahrtsverbände den öffentlichen Dienstleistungsträgern gleichstellt. In Ungarn und der Slowakei besteht demgegenüber eine Pflicht der öffentlichen Träger, mit Wohlfahrtsverbänden eine Vereinbarung über die Leistung von sozialen Diensten zu schließen. In der Tschechischen Republik besteht noch keine entsprechende gesetzliche Regelung zu sozialen Diensten. Dort steht es den Wohlfahrtsverbänden lediglich offen, sich um eine staatliche Dotation zu bemühen, auf die sie allerdings keinen rechtlichen Anspruch haben. Zugleich werden jedoch alle sozialen Dienste, die durch öffentliche Träger erbracht werden vollständig aus dem Staatsbudget finanziert.

In Bezug auf die Qualität der sozialen Dienste herrscht in allen Visegrad-Staaten ein deutliches Bewusstsein vor, die Tätigkeit der Wohlfahrtsverbände entsprechend kontrollieren zu müssen, um die Dienstempfänger zu schützen. Die genaue Art und Weise einer Qualitätskontrolle sowie eines Systems zur Zertifizierung muss in den einzelnen Staaten noch in entsprechende Regelungen gefasst werden. Dies wäre die Grundlage dafür, um die sozialen Rechte der Bürger effektiv zu schützen und durchzusetzen.

Insgesamt stellt sich als das größte Problem im Bereich der sozialen Dienste in den Visegrad-Staaten die Finanzierung der Dienste dar. Dabei haben die Akteure auf diesem Gebiet auch erkannt, dass soziale Dienste nicht nur aus einer Quelle refinanziert werden können. Die Finanzierung der sozialen Dienste setzt sich vor allem aus den folgenden Mitteln zusammen:

Die Finanzierung durch das zentrale Staatsbudget, Finanzierung durch die lokalen Budgets, Beiträge von den Empfängern der Dienste sowie Mittel, die durch Sponsoring gewonnen werden können. Dabei spielen Steuererleichterungen für den Sponsor eine wichtige Rolle.

Das Konzept der sozialen Dienste hat in den Visegrad-Staaten in den Jahren der Transformation bereits zahlreiche neue Impulse und Veränderungen erfahren. Eine von Kontinuität geprägte hohe Qualität für alle Menschen, die soziale Dienste brauchen ist jedoch noch lange nicht gewährleistet.

Gliederung der Präsentation zu Referat I:

Sozialdienste in den Beitrittsländern Ergebnisse der vergleichenden Studie

JUDr. Kristina Koldinská, Ph.D.

Daten über die Expertise

Autoren:

– Personnel Consulting Team, geleitet von Prof. Igor Tomeš

• **Untersuchte Länder:**

– Ungarn, Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik:
Visegrad Länder

• **4 Hauptthemen:**

- Gesetzliche Regelung
- Dienstleistungsträger und ihre rechtlichen Formen
- Typen der geleisteten Sozialdienste
- Verwaltung, Finanzierung, Organisation

Visegrad Länder und Sozialdienste

Viele Ähnlichkeiten:

Gemeinsame Wurzeln der Sozialdienste

- Pfarreien, Orden, Gemeinden, Regionen

Gemeinsame Geschichte seit den 50er Jahren:

- Teile des Sowjetischen Blocks
- Hauptdienstleistungsträger – der Staat
- Sozialdienste: verstaatlicht, zentralisiert, fast nur Heimpflege, keine privaten Träger

Heutige Probleme in dem Gebiet der Sozialdienste:

- *Finanzierung*
- *Verhältnis Gesellschaft vs. Sozialdienste und Sozialdienstleistende*
- *Kampf gegen soziale Ausgrenzung (EU)*

Heutige Hauptaufgaben in dem Gebiet der Sozialdienste:

- *Dezentralisierung*
- *Staat kein Sozialdienstträger mehr*
- *Heimpflege nicht mehr als Hauptform der Sozialdienste*
- *Raum für private Sozialdienstträger*
- *Finanzierung – Quellenpluralität*
- *Aktiver Empfänger der Sozialdienste*

Hauptbedarf im Gebiet der Sozialdienste :

= neue Regelung

- *In allen Visegrad Ländern – Sozialrechte durch das Grundgesetz gewährleistet*
- *Polen*
- *Ungarn*
- *Slowakei*
- *Tschechien*

Gesetzgebung in Polen

- *1990 – Sozialhilfegesetz*
- *1997 – Sozial- und Beschäftigungsrehabilitation von Behinderten*
- *2003 – Gesetz über gemeinnützige Aktivitäten*

Gesetzgebung in Ungarn

- *1993 – Sozialgesetz (letzte Änderung 2003):*
 - *Dienstform entsprechend dem Bedarf*
 - *Dienstleistungsvertrag zwischen einer Gemeinde und privaten Sozialdienstträgern möglich*
 - *Ausbildungsansprüche und Sozialdienstleistende eingeführt, aber nicht häufig angewendet*

Gesetzgebung in der Slowakei

- *1998 – Sozialhilfegesetz*
 - *Erste Reform nach der Wende – Vereinigung des zersplitterten Systems*
 - *Neue Formen der Dienste, Tätigkeit der privaten Träger möglich*
 - *Nur teilweise Reformierung*

Gesetzgebung in Tschechien

- Noch keine richtige Reform der Sozialdienste
- Gesetzgebung in den 80er Jahren, Anfang der 90er Jahre
- Seit 1994 – Reformbestrebungen – erfolglos
- Durch Gesetze von 1990, 1995, 1997 – Entstehung von privaten Vereinen und Verbänden möglich – keine spezielle Regelung für das Gebiet der Sozialdienste

Formen der Sozialdienste:

- Ziel = nicht mehr nur Heimpflege
- Seit 1990 – neue Formen der Sozialdienste in den Visegradländern

Verwaltung der Sozialdienste:

2 Hauptaufgaben:

- Entstaatlichung, Dezentralisierung

Polen 2003 (Gleichsetzung):

„Public-Private Mix“:

- Öffentlich: Krisen-Management, Bürokratische Kompetenzen
- Privat: Persönliche Dienste

Sozialdiensteträger

- Öffentliche: Staat, Region, Gemeinde
- Private: Kirchliche Organisationen, Vereine (Bürgerliche Vereine), Verbände (allgemein nützliche Organisationen), Stiftungen, For-profit Organisationen

Finanzierungsquellen

- *Öffentliche Budgets*
 - Zentrale
 - Lokale
- *Private Budgets (private Träger)*
- *Beitrag des Empfängers*
- *Spenden*

Finanzierung

- *Ungarn – normative Finanzierung, Vertragsprinzip*
- *Polen – Gleichsetzung in Finanzierungskommissionen*
- *Tschechien und Slowakei – Dotations- und Vertragsmöglichkeit*

Möglichkeiten der Zusammenarbeit

- *Beste Möglichkeiten in der Tschechischen Republik und in Polen (am besten – Polen)*
 - Gemeinsame Tradition
 - In beiden Ländern nach der Wende deutsche Experten
 - Polnische Gesetzgebung ist dem deutschen Subsidiaritätsprinzip sehr ähnlich
 - Gleichstellung der Wohlfahrtsverbände und der öffentlichen Dienstleistungsträger
 - Starker Einfluss der Kirchen in Polen, wie in Deutschland

Schlussfolgerungen

- *Polen – meist dynamischer Reformprozess*
- *Verbesserungsvorschläge:*
 - *Regelung der Tätigkeit der privaten Träger*
 - *Lizenz- oder ähnliches Prinzip*
 - *Ausbildungsansprüche (Qualität)*
 - *Kontrolle*
 - *Finanzierung – Gleichsetzung, Sponsor-Motivation*
 - *Motivation zur Beteiligung des Empfängers*
 - *Effektive öffentliche Verwaltung*

Referat II:

Beatrix Holzer, Observatorium für die Entwicklung der Sozialen Dienste in Europa, Frankfurt/Main¹

Vorstellung der Ergebnisse zur „Befragung zum Kooperations- und Beratungsbedarf mit Trägern sozialer Dienste in den Beitrittsstaaten Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn“

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor dem Hintergrund des bevorstehenden Beitritts zehn weiterer Staaten in die Europäische Union im Mai 2004, stellt sich insbesondere für die deutschen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und der Kommunen zunehmend die Frage, welche Kooperationsmöglichkeiten sie im sozialen Dienstleistungsbereich mit Vertreterinnen und Vertretern aus sozialen Organisationen und Verbänden, Regierungen, kommunalen Behörden, etc. haben und welche Beratungsbedarfe aus Sicht der Träger sozialer Dienste in den EU-Beitrittsstaaten auszumachen sind. Dazu organisierte und koordinierte das Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. auf der Grundlage bereits vorhandener Kooperationsstrukturen und Netzwerke der sechs deutschen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und der Kommunen (hier auf der Basis von Städtepartnerschaften) standardisierte Interviews² in den vier Beitrittsstaaten Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn. Neben dem Ziel, Informationen über den Bedarf an Kooperation und Beratung aus Sicht der Anbieter sozialer Dienste in den genannten Beitrittsstaaten zu gewinnen, geht es auch darum, Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auszuloten.

Bevor ich Ihnen nun die Ergebnisse der Erhebung zusammenfassend vorstelle, möchte ich kurz auf die Konstruktion des Fragebogens eingehen. Neben der konkreten Abfrage nach Bedarfen hinsichtlich Kooperation und Beratung, bezweckte die Erhebung auch, einen umfassenden Überblick über die befragten Organisationen bzw. Einrichtungen in den vier Beitrittsstaaten zu erhalten. Der Fragebogen gliedert sich daher in die vier Teilbereiche Strukturanalyse (Fragen nach: Name/Ort der befragten Organisation, Art der Finanzierung, Anzahl der Beschäftigten, Mitgliedschaft in einem nationalen bzw. europäischen Dachverband, Felder des Angebots), Situationsanalyse (Fragen nach: aktuellen Schwierigkeiten im Rahmen des Transformationsprozesses, Artikulations- und Beteiligungsformen, Beteiligung an (sozial-)politischen Prozessen und Aufgaben), Ist-Analyse (Fragen nach: vorhandenen Kooperationsstrukturen, Erbringung grenzüberschreitender Sozialarbeit, Erhalt von bzw. Bewerbung um EU-

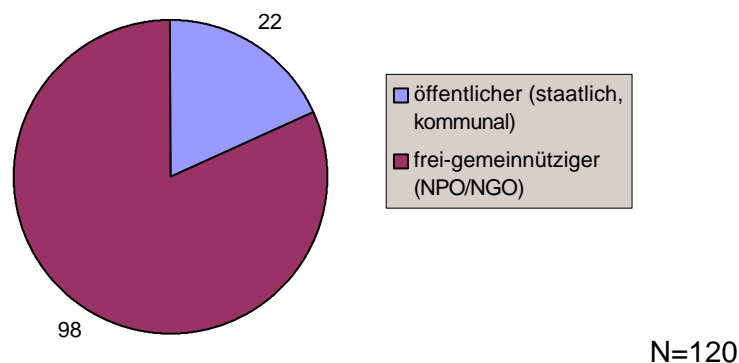
¹ Beatrix Holzer ist seit September 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V./Frankfurt am Main

² Der Fragebogen wurde ausschließlich in deutscher und englischer Sprache verfasst. Auf eine Übersetzung in die einzelnen Sprachen der vier Beitrittsstaaten musste aus finanziellen Gründen (v.a.D. aufgrund der notwendigen Rückübersetzung) verzichtet werden.

Förderprogrammen) und Soll-Analyse (Frage nach Kooperations- und Beratungsbedarfe).³

In die abschließende quantitative bzw. qualitative Analyse gingen insgesamt 120 Fragebögen ein. Einschränkend muss an dieser Stelle betont werden, dass es die Anzahl der Interviews insgesamt nicht erlauben, Aussagen auf der Basis wissenschaftlicher Repräsentativität zu treffen. Vielmehr sind die nachfolgenden zentralen Ergebnisse dieser Erhebung als Trends zu verstehen. Der überwiegende Teil der Fragebögen stammt aus Polen, da gerade die an der Befragung beteiligten deutschen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in diesem Land bereits über gute und langjährige Kooperationen verfügen. Die Verteilung der eingereichten Fragebögen auf die beiden Trägerarten öffentlich-kommunal bzw. frei-gemeinnützig sieht dabei im einzelnen wie folgt aus:

An der Befragung beteiligte Träger/Anzahl (N)



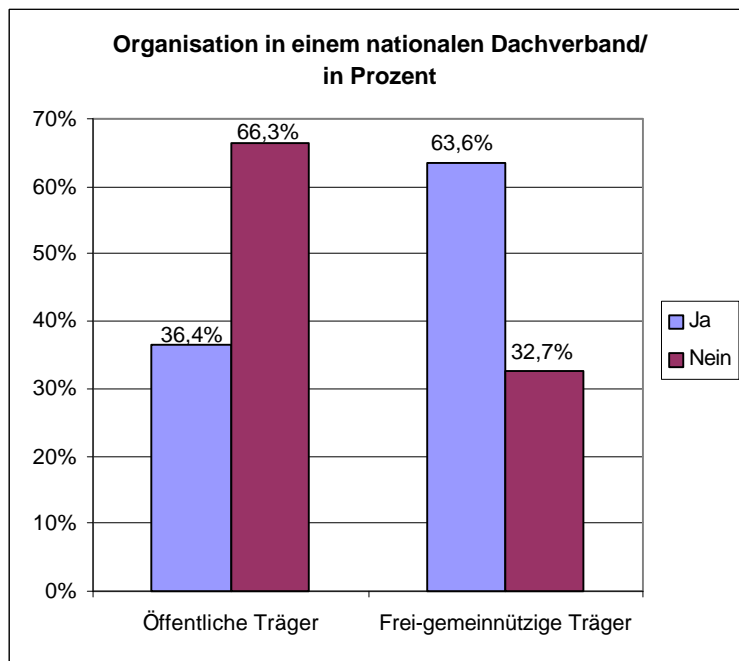
Die Vorstellung der quantitativen Analyse beschränkt sich im Rahmen dieses Vortrags auf die Ergebnisse möglicher Zusammenhänge zwischen den einzelnen Variablen im Erhebungsbogen⁴. Im folgenden werden die Trends sechs unterschiedlicher Bereiche vorgestellt:

1. Organisationsgrad und –strukturen

Im Zentrum des Interesses steht die Frage, wie die befragten Träger sozialer Dienste in den jeweiligen Beitrittsstaaten organisiert sind und über welche Netzwerke sie im nationalen als auch im europäischen Kontext bereits verfügen. Die folgende Graphik gibt Auskunft über die Organisation in einem nationalen Dachverband, gegliedert nach der Trägerart:

³ Der Fragebogen ist gemeinsam mit den ausführlichen Ergebnissen der Erhebung als Arbeitspapier Nr.11 des Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa ersichtlich und kann unter folgender Adresse bestellt bzw. abgerufen werden: Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa, Am Stockborn 5-7, 60439 Frankfurt am Main; email: Barbara.Braun-Schoenwandt@iss-ffm.de oder mathias.maucher@iss-ffm.de; Homepage: <http://www.soziale-dienste-in-europa.de/>.

⁴ Die detaillierten Ergebnisse der Häufigkeitsauswertung sind im Arbeitspapier Nr. 11 des Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa dargestellt.



N=120

Die frei-gemeinnützigen Anbieter sozialer Dienste sind demnach zu zwei Drittel in nationalen Dachverbänden organisiert, während dies bei den öffentlich-kommunalen Trägern zu einem etwa gleichen Teil nicht der Fall ist. Zieht man des weiteren die offene Frage im Interview hinzu, in welchem Dachverband die Befragten organisiert sind, lassen sich zum einen zwischen den einzelnen Beitrittsstaaten, der Trägerart, dem Organisationstyp und dem Bereich des Angebots Tendenzen ausmachen. In Polen sind demnach die öffentlich-kommunalen Einrichtungen fast ausschließlich nicht in einem nationalen Dachverband organisiert.

Anders sieht die Auswertung für die Slowakei und die Tschechische Republik aus. Hier sind die kommunalen/lokalen Träger sozialer Dienste in der Regel in nationalen Dachverbänden organisiert. Gemeinnützige Einrichtungen organisieren sich in allen befragten Ländern entsprechend bedeutender Angebotsbereiche. In Polen geben darüber hinaus einige der befragten NGO's an, in der Arbeitsgemeinschaft der Verbände sozialer Organisationen e.V. (WRZOS) mit Sitz in Warschau organisiert zu sein; in einem Verband also, der sich ähnlich dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in Deutschland als nicht-konfessionelle und parteipolitisch neutrale Organisation versteht. Ähnlich der deutschen Verbändestruktur sind darüber hinaus die kirchlichen Einrichtungen auf lokaler/kommunaler Ebene in nationalen Dachverbänden zusammengeschlossen. Insgesamt zeigt die Erhebung, dass die frei-gemeinnützigen Träger sozialer Dienste tendenziell in nationalen Dachverbänden organisiert sind. Dies trifft insbesondere für die sozialen NGO's in Polen zu.

Hinsichtlich einer Organisation in europäischen Dachverbänden sieht das Ergebnis anders aus. Hier verneinen fast 60% der befragten Organisationen/Einrichtungen die Frage nach einer Mitgliedschaft in europäischen bzw. transnationalen Verbänden, wobei diese hohe Zahl auch dadurch zustand kommt, dass im Falle Ungarns weit über 80% diese Frage negativ bescheiden. Die Mitgliedschaft in europäischen Dachorganisationen pendelt sich in den anderen drei Beitrittsstaaten bei 50% ein. Gerade kirchliche und weltanschauliche Organisationen wie Caritas, Rotes Kreuz und Einrichtungen der

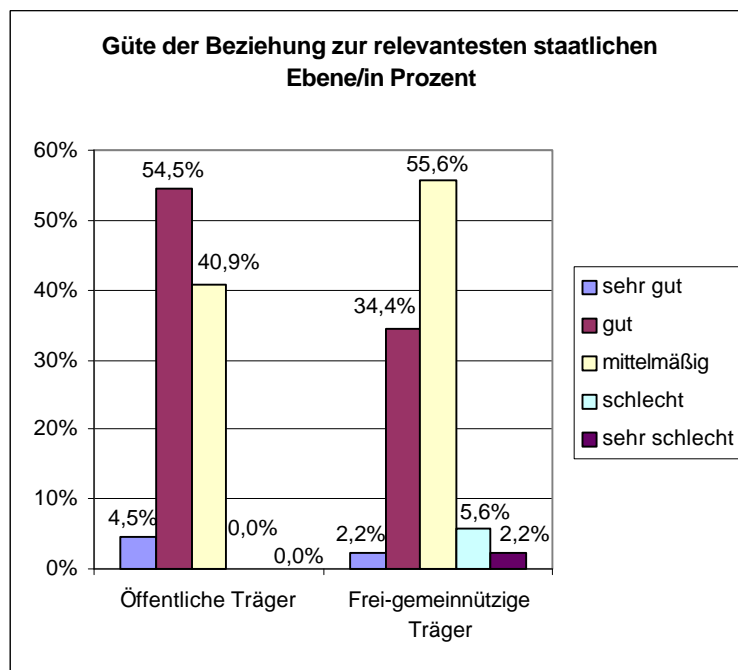
Diakonie auf lokaler Ebene sind – analog den deutschen Wohlfahrtsverbänden – über ihre Mitgliedschaft in nationalen Dachverbänden auch in den entsprechenden europäischen bzw. internationalen Dachverbänden organisiert. Genannt werden an dieser Stelle Caritas Europa/Caritas International, Eurodiaconia und der Internationale Verband des Roten Kreuzes.

Ein wesentlicher Faktor, der darüber entscheidet, ob eine soziale NGO eher Mitglied in einem europäischen Dachverband ist, ist die Größe der Mitarbeiterschaft in der Organisation/Einrichtung. So zeigt die quantitative Auswertung, dass gerade soziale NGO's mit mehr als 500 Beschäftigten (inkl. Ehrenamtliche) Mitglied in einem europäischen Dachverband sind.

2. Formen der Beteiligung/Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen

Hier stellt sich die Frage, inwieweit die sich im Transformationsprozess befindenden Träger sozialer Dienste bereits die Möglichkeit haben, ihre Interessen gegenüber staatlichen Stellen zu artikulieren und an welchen politischen Entscheidungsprozessen sie aktiv beteiligt sind. Aus der quantitativen Analyse wird deutlich, dass nicht nur den öffentlich-kommunalen mit einem Anteil von 90,9%, sondern auch den befragten gemeinnützigen Organisationen/Einrichtungen überwiegend die Möglichkeit eingeräumt wird, ihre Interessen gegenüber staatlichen Behörden zu äußern. Dabei stehe für beide Trägerarten der persönliche Kontakt als Form der Interessenartikulation an erster Stelle. Erst zweitrangig werden die Beteiligung an Konsultationsverfahren oder die Gremienvertretung bzw. -mitarbeit genannt.

Hinsichtlich des regelmäßigen Austausches mit staatlichen Stellen fällt das Ergebnis etwas bescheidener aus. Zwar überwiegen auch hier die positiven Antworten für beide Trägerarten, jedoch ist nicht zu übersehen, dass ein Drittel der frei-gemeinnützigen Anbieter keinen regelmäßigen Austausch mit staatlichen Behörden hat. Falls ein regelmäßiger Austausch jedoch stattfindet, dann hängt die Häufigkeit von bestimmten Aufgaben ab oder basiert auf Kooperationsstrukturen in Zusammenhang mit konkreten Projekten. Die Ergebnisse der Frage nach der Häufigkeit des Austausches mit staatlichen Behörden verdeutlichen insgesamt, dass sich im Transformationsprozess noch keine festen oder gar institutionalisierte Strukturen entwickelt haben. Dies führt u.a. auch dazu, dass die Güte der Beziehung zur relevantesten staatlichen Stelle insbesondere von den sozialen NGO's nur als mittelmäßig bewertet werden, während die öffentlich-kommunalen Einrichtungen diese insgesamt als gut einschätzen, wie die folgende Graphik verdeutlicht:



N=112

Im Falle Polens fällt auf, dass die gemeinnützigen Träger sozialer Dienste ihre Beziehung zu staatlichen bzw. kommunalen Stellen als nur mittelmäßig (63,5%) und sogar als schlecht (7,7%) bezeichnen.

Hinsichtlich den Beteiligungsformen an aktiven politischen Prozessen bzw. Aufgaben geben unabhängig von dem Beitrittsland beide Trägertypen „Soziale Anwaltschaft“ als die wichtigste Beteiligungsform an. Im Falle der sozialen NGO's folgen an weiterer Stelle die Bewerbung um EU-Programme und die Beteiligung um Ausbildungsstandards. Die öffentlich-kommunalen Träger sind dagegen verstärkt im Bereich der (Sozial-)Gesetzgebung und in der Bedarfsplanung involviert. Insgesamt zeigt die Analyse zur Beteiligung bzw. Mitwirkung, dass die öffentlich-kommunalen Einrichtungen dem Trend nach über einen höheren Grad an Austauschbeziehungen und Beteiligungsmöglichkeiten verfügen, auch wenn in den meisten Beitrittsländern eine gesetzliche Grundlage für eine kommunale Zuständigkeit im sozialen (Dienst-)Leistungsbereich – im Sinne eines deutschen Subsidiaritätsverständnisses – noch nicht oder nicht ausreichend gelegt ist. Die Möglichkeit für die frei-gemeinnützigen Organisationen/Einrichtungen, ihre Interessen gegenüber staatlichen Behörden zu artikulieren bzw. in Austauschbeziehungen mit diesen zu treten, hängt entscheidend davon ab, ob die Träger aufgrund von staatlich geförderten Projekten oder Aufgaben bereits über Kooperationsstrukturen verfügen.

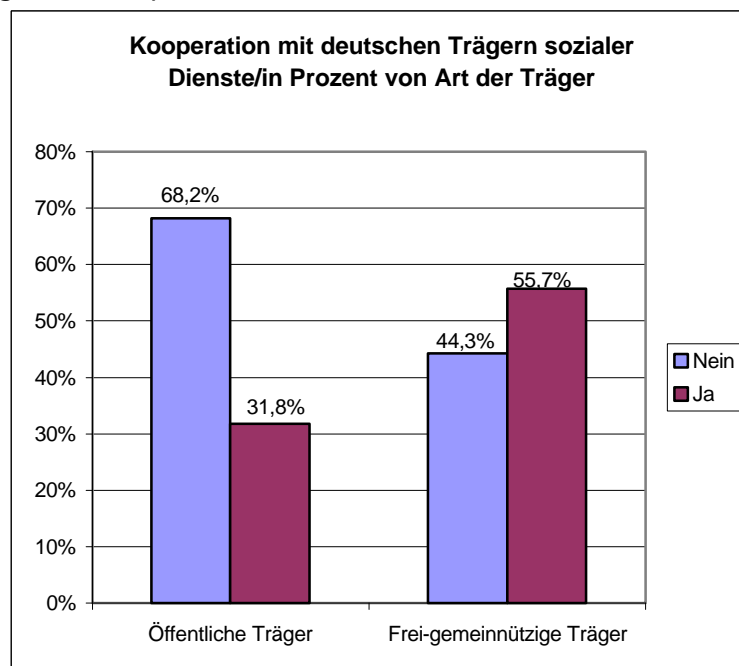
3. Finanzierung

Von besonderem Interesse ist die Frage, welche Finanzierungsform für welche Trägerart von besonderer Relevanz ist. Differenziert man die Ergebnisse zur Finanzierungsform nach der Trägerart, bestätigt sich die Vermutung, dass sich öffentlich-kommunale Einrichtungen überwiegend aus staatlichen (mit einem Anteil von 28%) und vor allen Dingen aus kommunalen Zuschüssen, Beihilfen bzw. Leistungen (mit einem Anteil von 36%) finanzieren. Die Finanzierung der frei-gemeinnützigen Organisationen bzw. Einrichtungen ist dagegen breiter gestreut. Neben staatlichen (13%) und kommunalen Zuschüssen, Beihilfen bzw. Leistungen (13,6%), finanzieren sich soziale NGO's in den vier Beitrittsstaaten

aus Spenden, Schenkungen bzw. Erbschaften (13,6%) und vor allen Dingen durch Eigenmittel, die sie in erster Linie durch das Dienstleistungsangebot einnehmen. Bemerkenswert sind auch die relativ hohen Finanzierungsanteile durch Zuschüsse von ausländischen Organisationen (11,2%) und aus EU-Förderprogrammen (7,8%). Wird die Analyse der Finanzierungsform für das jeweilige Beitrittsland vorgenommen, verändern sich Ergebnisse nur minimal. Im Falle Polens fällt der relativ hohe Anteil (21,4%) der Antwortkategorie „Spenden, Schenkungen bzw. Erbschaften“ auf, aus dem sich öffentlich-kommunale Einrichtungen finanzieren. Von besonderem Interesse ist darüber hinaus die Frage, ob die Trendanalyse einen Zusammenhang zwischen der Kooperation mit deutschen bzw. mit Trägern sozialer Dienste in weiteren EU-Mitgliedsstaaten und der Finanzierung aus Zuschüssen von ausländischen Organisationen erkennen lässt. Bei der Analyse der beiden Fragen nach der Kooperation mit deutschen Trägern als auch mit denen in anderen EU-Mitgliedsstaaten bestätigt sich mit den Werten 68,9% bzw. 61,9% der Eindruck, dass die Organisationen/Einrichtungen in den Beitrittsstaaten Zuschüsse von ausländischen Akteuren erhalten.

4. Kooperationsstrukturen und grenzüberschreitende soziale Dienste

Über welche Kooperationsstrukturen verfügen die befragten Organisationen/Einrichtungen bereits mit Trägern innerhalb ihres Landes, mit deutschen Akteuren und auch mit anderen EU-Mitglieds- und Beitrittsstaaten? Bieten die Träger bereits grenzüberschreitende soziale Dienste an? Mögliche Trends zeigt die folgende Graphik auf:



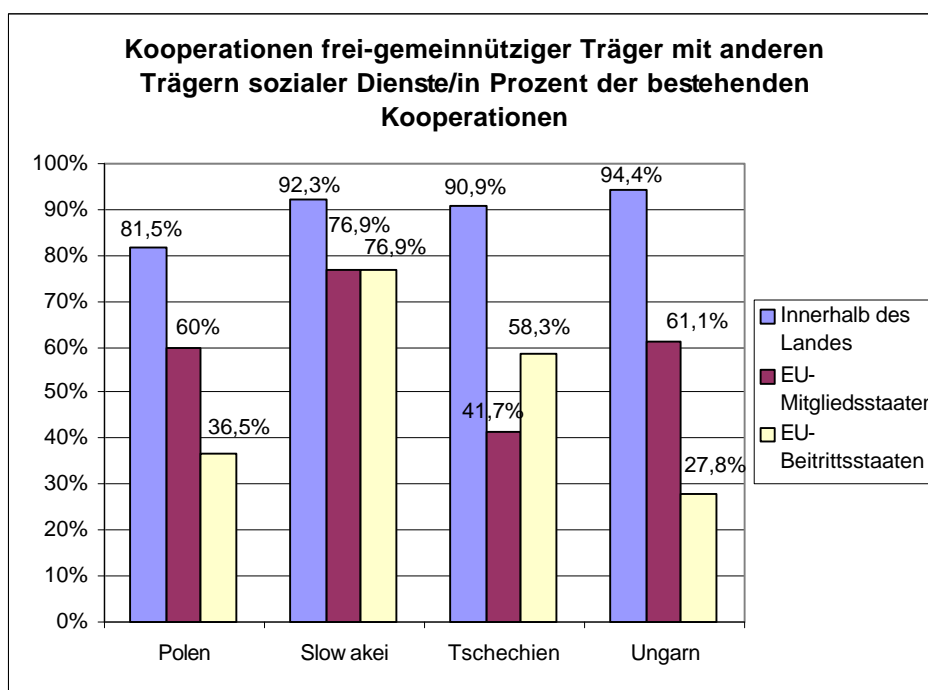
Öffentliche Träger: N=22; Frei-gemeinnützige Träger: N=97

Danach verfügt nur knapp ein Drittel der öffentlich-kommunalen Einrichtungen, die an der Befragung teilgenommen haben, über feste Kooperationsstrukturen mit deutschen Akteuren, obwohl die Erhebung im wesentlichen auf der Grundlage von Städtepartnerschaften beruhte. Erstaunlich ist auch, dass bei der Gesamtbetrachtung nur knapp über die Hälfte der frei-gemeinnützigen Organisationen (55,7%) mit deutschen Trägern kooperieren. Ein Bild, dass durch die spezifische Länderanalyse jedoch relativiert wird. So bestehen in Polen, dem

Land also, aus dem über die Hälfte der Fragebögen eingingen, in zwei Drittel der Fälle bereits Kooperationen mit deutschen Trägern sozialer Dienste. Unabhängig von der Länderbetrachtung, liegt die Zusammenarbeit in erster Linie in den Bereichen Austausch von Informationen, (Fach-)Wissen/Know How und Ausbildung/Schulung/Qualifikation. Für die frei-gemeinnützigen Träger ist darüber hinaus die gemeinsame Beantragung von EU-Fördermitteln ein nicht unwesentlicher Grund, eine intensive Zusammenarbeit mit deutschen Partnern aufzubauen.

Ein weiterer zentraler Aspekt bezieht sich auf die Größe der Organisation/Einrichtung bzw. auf die kategorisierte Anzahl der Beschäftigten. Danach zeigen sich sowohl für die öffentlich-kommunalen als auch für die frei-gemeinnützigen Einrichtungen keine signifikanten Zusammenhänge zwischen diesen Variablen. D.h., die Größe der Organisation/Einrichtung kann keine valide Auskunft darüber geben, ob die einzelnen Träger eher mit deutschen Anbietern sozialer Dienste kooperieren.

Am Beispiel der frei-gemeinnützigen Träger gibt die folgende Graphik Aufschluss über bereits vorhandene Kooperationsstrukturen mit anderen Trägern innerhalb des Landes bzw. mit Partnern in weiteren EU-Mitglieds- bzw. Beitrittsstaaten:



N=289⁵

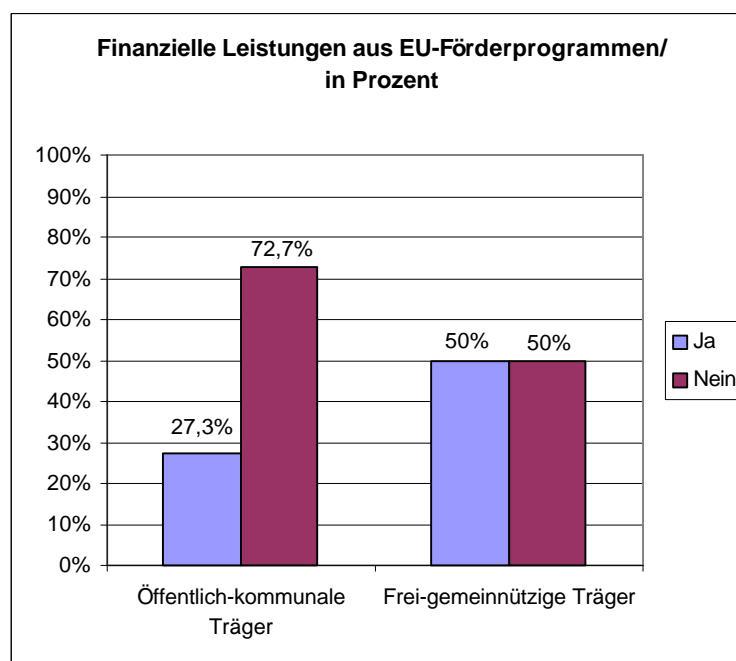
Danach ist hinsichtlich den einzelnen Strukturen eine klare Abstufung zu erkennen. D.h., die Befragten verfügen in der Regel über ein breites Netzwerk mit Trägern innerhalb ihres Landes, ein unterschiedlich entwickeltes zu EU-Mitgliedsstaaten (ohne Deutschland) und ein noch ausbaufähiges zu anderen EU-Beitrittsstaaten. Die Streuung der genannten EU-Mitgliedsstaaten, mit denen die Befragten bereits über Kooperationen verfügen, ist dabei relativ groß. Neben dem direkten Nachbarn Österreich werden vor allen Dingen die skandinavischen Staaten Schweden und Dänemark, die Niederlande, Frankreich und erstaunlicherweise auch Großbritannien genannt. Ähnlich den vorhandenen

⁵ Davon N=161 für Polen, N=39 für die Slowakei, N=35 für die Tschechische Republik und N=54 für Ungarn.

Kooperationen mit deutschen Akteuren liegt der Schwerpunkt der Zusammenarbeit in den Bereichen Austausch von Informationen, (Fach-)Wissen/Know How, Ausbildung/Schulung/Qualifikation und gemeinsame Beantragung von EU-Fördermitteln. Dagegen spielt das Angebot grenzüberschreitender sozialer Dienste/Sozialarbeit für die befragten Träger keine oder nur eine marginale Rolle.

5. EU-Förderprogramme

Interessante Ergebnisse zeigt die Trendanalyse auch hinsichtlich der Frage, ob die Träger in den vier Beitrittsstaaten bereits Förderungen aus EU-Programmen erhalten und ob sie sich bereits um diese Finanzierungsquellen beworben haben. Die nachfolgende Graphik zeigt sehr eindeutig, dass insbesondere die befragten sozialen NGO's mit einem Anteil von 50% bereits finanzielle Leistungen aus EU-Förderprogrammen erhalten. Der Anteil öffentlich-kommunaler Einrichtungen, die solche Zuschüsse erhalten, ist weitaus niedriger:



N=120

Die frei-gemeinnützigen Träger sozialer Dienste erhalten in allen vier Beitrittsstaaten finanzielle Leistungen in erster Linie aus den Programmen PHARE und ACCESS, während bei den verhältnismäßig geringen Fällen im öffentlich-kommunalen Bereich unter Umständen auch Förderungen aus dem Programm LEONARDO DA VINCI bzw. aus dem Europäischen Sozialfonds in Frage kommen. Die Frage, ob sich die Träger in der Vergangenheit bereits um eine Projektförderung beworben haben, wird von den öffentlich-kommunalen Trägern eher verneint. Die sozialen NGO's, dies ist insbesondere für künftige Kooperationsstrukturen mit deutschen Trägern im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege von Interesse, sind insbesondere in der Slowakei und in der Tschechischen Republik sehr aktiv. Die Bewerbung um EU-Fördermittel führte vor allen Dingen in Polen und in der Tschechischen Republik zum Erfolg, was auch hinsichtlich der Trägerart bestätigt werden kann. Insgesamt kann man sagen, dass die befragten Organisationen/Einrichtungen ihre Netzwerke mit dem europäischen Ausland offenbar auch dazu nutzen, mit Hilfe gemeinsamer (Projekt-)Bewerbungen europäische Fördermittel zu erhalten. Dabei wird neben

dem Programm PHARE vor allen Dingen eine Förderung aus ACCESS angestrebt, ein Programm, das sich zum Ziel setzt, die Zivilgesellschaft bzw. zivilgesellschaftliche Akteure (NGO's) zu stärken, den Dritten Sektor aufzubauen und gesellschaftliche Randgruppen (in ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht) zu fördern. Leistungsberechtigte sind dabei in erster Linie nicht-regierungs- und nicht-gewinnorientierte Organisationen.

6. Kooperations- und Beratungsbedarf

Wie sehen nun die konkreten Kooperations- und Beratungsbedarfe, als die zentrale Frage der Gesamterhebung, aus. Die folgenden Tabellen fassen die häufigsten Nennungen der Bereiche der Beratungsbedarfe, zum einen nach der Trägerart und zum weiteren nach dem jeweiligen Beitrittsland, zusammen:

Öffentlich-kommunale Träger		Frei-gemeinnützige Träger	
Bereiche Beratungsbedarf	% der Nennungen	Bereiche Beratungsbedarf	% der Nennungen
1. Fachlicher Informations- und Erfahrungsaustausch zu einzelnen Feldern der Sozialen Arbeit	14,9%	1. Fachlicher Informations- und Erfahrungsaustausch zu einzelnen Feldern der Sozialen Arbeit	10,5%
2. EU-Fördermittel/Ausschreibungsverfahren	13,8%	2. Ausbildung/Schulung/Qualifikation	10,1%
3. Vernetzung mit EU-Institutionen	10,3%	3. EU-Fördermittel/Ausschreibungsverfahren	8,5%
4. Finanzierung und Qualität sozialer Dienste	je 9,2%	4. Finanzierung	7,9%
5. Erfahrungsaustausch/-transfer und Ausbildung/Schulung/Qualifikation	je 6,9%	5. Qualität sozialer Dienste	7,3%
	N= 87		N= 493

Polen		Slowakei		Tschechien		Ungarn	
Bereiche Beratungsbedarf	% der Nennungen	Bereiche Beratungsbedarf	% der Nennungen	Bereiche Beratungsbedarf	% der Nennungen	Bereiche Beratungsbedarf	% der Nennungen

1. Ausbildung/ Schulung/ Qualifikation	10,8 %	1. Fachlicher Informations- und Erfahrungsaustausch zu einzelnen Feldern der Sozialen Arbeit; Finanzierung	je 10,8 %	1. Fachlicher Informations- und Erfahrungsaustausch zu einzelnen Feldern der Sozialen Arbeit	12,1 %	1. Fachlicher Informations- und Erfahrungsaustausch zu einzelnen Feldern der Sozialen Arbeit; Finanzierung	je 16,1 %
2. EU- Fördermittel/A usschreibungen	9,9%	2. EU- Fördermittel/ Ausschreibungen ; Ausbildung/Schulung/Qualifikation; Vernetzung mit EU-Institutionen	je 9,2%	2. Ausbildung/ Schulung/Qualifikation	9,1%	2. (Sozial-) Management; Qualität sozialer Dienste; EU- Fördermittel/ Ausschreibungen; Erfahrungsaustausch/-transfer	je 8,6%
3. Fachlicher Informations- und Erfahrungsaustausch zu einzelnen Feldern der Sozialen Arbeit	9,6%	3. (Sozial-) Management	7,7%	3. EU- Fördermittel/ Ausschreibungen	8,1%		
4. Finanzierung	9,3%			4. Fundraising	7,1%		
5. Qualität sozialer Dienste	7,1%						
	N=323		N=65		N=99		N=93

Diese Ergebnisse kennzeichnen insgesamt auch einen direkten Zusammenhang zwischen den Problemlagen im Transformationsprozess - die zusammenfassenden Ergebnisse werden in einer qualitativen Analyse im fortlauf dieses Referats vorgestellt - und den geäußerten Beratungswünschen. Von fast allen befragten Trägern aus den EU-Beitrittsstaaten wird das Finanzierungsproblem an erster Stelle genannt. Diese Problematik wirkt sich sowohl auf den Erhalt der Organisation bzw. Einrichtung als solche als auch auf die angebotenen sozialen Dienstleistungen aus. Mangelnde staatliche Regelungen hinsichtlich der Finanzierung führen u.a. auch dazu, dass sich insbesondere gemeinnützige Organisationen verstärkt um externe Geldquellen bemühen müssen. Eine Möglichkeit stellen in diesem Zusammenhang die verschiedenen EU-Förderprogramme und europäischen Gemeinschaftsprojekte dar. Daher kann

es nicht überraschen, dass die Befragten verstärkten Beratungsbedarf gerade auch in diesem Bereich anmelden.

Der Schwerpunkt der qualitativen Analyse liegt in der Auswertung der Frage, in welchen Feldern der Sozialen Arbeit bzw. in welchen Organisationsbereichen in den letzten Jahren die größten Schwierigkeiten für die Träger in den Beitrittsstaaten lagen. Hier lassen sich im wesentlichen drei Hauptproblembereiche ausmachen.⁶ Die größte Schwierigkeit liegt ohne Zweifel in der **Finanzierung**.

Die befragten Organisationen/Einrichtungen bemängeln in erster Linie, dass die Finanzierung der sozialen Dienstleistungen von staatlicher Seite nicht klar bzw. uneinheitlich geregelt ist. So sind die anfallenden Kosten für die Erbringung der Dienste oftmals nicht durch die zugewiesenen staatlichen Zuschüsse abgedeckt oder Qualitätsmaßstäbe können nicht eingehalten werden. Hinzu kommt, dass viele Einrichtungen um den nackten Erhalt ihrer Einrichtung kämpfen müssen. Oftmals reichen die finanziellen Mittel nicht dazu aus, um die Rechnungen für Wasser, Heizung und Strom zu begleichen. Von den uneinheitlichen, unsicheren bzw. nicht vorhandenen Regelungen sind insbesondere die sozialen NGO's betroffen. Abgesehen von Polen, wo ein neues Gesetz den finanziellen Ausgleich für die Erbringung von sozialen Dienstleistungen anhand von Leistungsverträgen klar regelt, erhalten die frei-gemeinnützigen Organisationen/Einrichtungen keine regelmäßigen Zuwendungen von staatlicher Seite. Dadurch sehen sich viele soziale NGO's vor einem drohenden institutionellen Kollaps, den es permanent abzuwehren gilt.

Ein weiterer Problembereich liegt in der **Gesetzgebung**, die sich im Zuge des Transformationsprozesses noch nicht als stabil erweist. Seit dem Ende des Kommunismus in den Visegrád-Staaten, haben sich die gesetzlichen Bestimmungen auch im Bereich der sozialen Dienste stark verändert. Nur die Geschwindigkeiten dieser Veränderungen variieren sehr stark zwischen den vier EU-Beitrittsstaaten, wie das Gutachten von Prof. Tomeš und Kooperationspartnern zu "Soziale Dienste im Transformationsprozess - rechtliche Rahmenbedingungen und Organisationsformen"⁷ eindrucksvoll bestätigt. Die Tschechische Republik ist danach das Land, das in Hinblick auf gesetzliche Regelungen für den sozialen Dienstleistungsbereich den anderen drei Beitrittsstaaten hinterherhinkt, während Polen eine Vorreiterposition eingenommen hat. Doch sehen sich gerade soziale NGO's in Anbetracht unsicherer und sich häufig veränderter Gesetze zusehends der großen Herausforderung ausgesetzt, beständige bzw. dauerhafte, qualitativ hochwertige und nachhaltige soziale Dienstleistungen aufzubauen.

Bemängelt wird außerdem, dass gesetzliche Vorgaben von staatlichen Stellen uneinheitlich ausgelegt werden. D.h., öffentlich-kommunale Einrichtungen werden entweder bei entsprechenden Projekten bevorzugt behandelt oder frei-gemeinnützige Organisationen erhalten für gleichwertige Leistungen nicht dieselbe finanzielle Unterstützung. Hinzu kommt, dass die Gemeinnützigkeit als solche - im Sinne steuerrechtlicher Privilegien oder in Hinblick auf ein geregeltes Vereinsrecht (dies würde auch Regelungen zum ehrenamtlichen bzw.

⁶ Weitere Problembereiche sind im Arbeitspapier Nr. 11 des Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa ausführlich dargestellt.

⁷ Siehe dazu: Arbeitspapier Nr. 12 bzw. 13 des Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa.

bürgerschaftlichen Engagements beinhalten) - nicht oder nur unzureichend durch Gesetze geregelt ist. Angemerkt wird in diesem Zusammenhang auch, dass es bisher an einer gesetzlichen Grundlage fehle, um eine systematische Zusammenarbeit zwischen sozialen NGO's und öffentlich-kommunalen Stellen aufzubauen. Insgesamt vermissen viele der Befragten – unabhängig von der Trägerart und dem Beitrittsstaat - eine Kontinuität in der Sozialgesetzgebung.

Ein letzter Bereich, der im Rahmen dieses Referats vorgestellt wird, ist das **gesellschaftliche Meinungsbild**, das sich auf unterschiedlicher Weise auf die Träger auswirkt. Zum einen betrifft es die hohe Erwartungshaltung einiger Bevölkerungsteile (insb. der älteren Generation), die weiterhin gesicherte und bezahlbare bzw. freie soziale Dienstleistungen erhalten wollen, und zum weiteren eher neo-liberale Tendenzen, die die Soziale Arbeit an sich in Frage stellt und soziale Probleme in der Gesellschaft unterschiedlich bewertet. Auswirkungen hat die letzt genannte Tendenz insbesondere auch auf die Arbeit sozialer NGO's, die sich dem Druck ausgesetzt sehen, ihre Arbeit permanent zu legitimieren und letzten Endes um ein positives Meinungsbild in der Gesellschaft kämpfen müssen. Insgesamt zeigt die Trendanalyse auf der Grundlage von 120 eingereichten Fragebögen einen klaren Bedarf an Kooperation und Beratung von Seiten der befragten Träger sozialer Dienste aus den vier Beitrittsstaaten Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn auf⁸. Die Erhebung zeigt insgesamt auch auf, dass die Selbstorganisation und die Interessenvertretung der Zivilgesellschaft bzw. der sozialen Organisationen in den vier betrachteten EU-Beitrittsstaaten noch eher schwach ausgeprägt ist. Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements und der Aufbau beruflich-professioneller Strukturen im sozialen Dienstleistungsbereich ist über eine bloße Entwicklungsphase noch nicht hinausgetreten. Hinzu kommt, dass die gemeinnützigen Träger bzw. die sozialen NGO's nicht zuletzt aufgrund unsicherer oder nicht vorhandener Finanzierungsstrukturen bzw. Gesetzeslagen nicht als wichtiger gesellschaftlicher Partner wahrgenommen werden. Vor diesem Hintergrund erscheinen Kooperationen zwischen der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland mit entsprechenden sozialen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden umso bedeutender, will man in Zukunft zum Aufbau der Zivilgesellschaft in den zukünftigen EU-Mitgliedsstaaten beitragen und auch die Zusammenarbeit im grenznahen Raum weiter erleichtern.

Gerade aus den zentralen Aussagen der Situationsanalyse lassen sich für die deutschen Akteure zahlreiche **Handlungsempfehlungen** ableiten. Die Ergebnisse könnten so von der zuständigen ministeriellen Ebene genutzt werden, mit den verantwortlichen Stellen der Regierungen in den jeweiligen EU-Beitrittsstaaten in Hinblick auf bestehende Gesetzeslücken bzw. auf die konsequente Umsetzung der schon existierenden Regelungen im Bereich der sozialen Dienste in einen Dialog zu treten und diese Stellen für die Besonderheiten der sozialen Dienste zu sensibilisieren. Von Seiten der deutschen Verbände – sowohl der Kommunen als insbesondere auch der Freien Wohlfahrtspflege – sollte die Aufgabe in diesem Zusammenhang in erster Linie darin bestehen, den Aufbau verbandlicher Strukturen in den Beitrittsstaaten weiterhin zu unterstützen, sowohl finanziell als auch ideell. Außerdem geht es zunehmend auch darum, zur Unterstützung die Verbände bei ihrer Positionierung

⁸ Im Arbeitspapier sind die zentralen Ergebnisse der quantitativen und der qualitativen Analyse mit Hilfe einer vergleichenden Übersicht sowohl aus der Perspektive der Träger (öffentlich-kommunal bzw. frei-gemeinnützig) als auch aus Sicht der einzelnen vier Beitrittsländer ausführlich dargestellt.

gegenüber der Europäischen Kommission beizutragen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Aufbaus einer Europäischen Zivilgesellschaft und zur weiteren Sensibilisierung für die Besonderheiten von sozialen Diensten in Europa.

Das Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa wird den Prozess der EU-Erweiterung in seinen Projekten auch weiterhin begleiten. Neben der Frage, wie die frei-gemeinnützigen und kommunalen Träger sozialer Arbeit die Entwicklung der sozialen Dienstleistungsstrukturen in den Beitrittsstaaten unterstützen können, geht es insgesamt auch darum, die sozialpolitische Lage in den jeweiligen Ländern bzw. die Veränderungen nach dem Beitritt in die EU aufzuzeigen und diese Erkenntnisse dem interessierten Publikum entsprechend zur Verfügung zu stellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Arbeitsgruppe 1:

Artikulations- und Partizipationsaspekte

In unserer Arbeitsgruppe sind Vertreterinnen und Vertreter aus den Ländern Polen, Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland zusammen gekommen. Wir haben unsere Diskussion mit dem Punkt Erfahrungsaustausch zum Thema ‚soziale Dienste‘ eröffnet, um einander besser kennenzulernen und eine gemeinsame Basis für das weitere Gespräch zu haben.

Als eine gemeinsame Problemlage wurden der mangelhafte bzw. fehlende Informationsaustausch und –fluss zwischen NRO und politisch Verantwortlichen aber auch zwischen verschiedenen NRO untereinander oder innerhalb einzelner NRO selbst festgestellt. Fehlende Kommunikation und Kooperation gehören ebenfalls zu diesem Feld der Problemanzeige.

Wir haben festgestellt, dass persönliche Kontakte von NRO zu politischen Entscheidungsträgern/trägerinnen wichtig und notwendig sind, dass wir darüber hinaus aber ebenso Strukturen für einen effizienten Dialog benötigen. Die Frage nach der Art der Strukturen für einen verbesserten Dialog vor allem mit den politischen Entscheidungsträgern aller Ebenen schloss sich an.

Unsere Kolleginnen aus Ungarn (Rotes Kreuz, Budapest) haben auf den verstärkten Einsatz des Internets als Kommunikationsinstrument hingewiesen und das Beispiel ‚Civil House‘ vorgestellt. In sieben ungarischen Regionen sind ‚Civil Houses‘ eingerichtet worden, die einen physischen, realen Ort markieren, an welchem ziviler Dialog organisiert wird und stattfinden kann. Beispielhaft haben die ungarischen Kolleginnen das Procedere eines Gesetzesvorhabens beschrieben, in das die Zivilgesellschaft mit Hilfe des Internets und der ‚Civil Houses‘ gut einbezogen und als Partner eines zivilen Dialoges ernst genommen wurde. Die ‚Civil Houses‘ haben den Rahmen für Veranstaltungen, Foren und Seminare abgegeben, die in thematischem Zusammenhang mit dem Gesetzesvorschlag standen, um die Bevölkerung stärker in den Willensbildungs- und damit auch in den Entscheidungsprozess miteinzubeziehen. Die sonstigen Themen, mit welchen sich ‚Civil Houses‘ beschäftigen, sind abhängig von regionalen Notwendigkeiten und Gegebenheiten. Darüber hinaus können ‚Civil Houses‘ als Informations- und Beratungszentren für die Bevölkerung – vor allem in sozialen Angelegenheiten - betrachtet werden. Der Arbeitsgruppe erschien diese Darstellung als ein gutes ‚best practice‘ Beispiel, um den Dialog zwischen den NRO untereinander und mit den politisch Verantwortlichen zu unterstützen.

Ein weiterer Diskussionspunkt in der Arbeitsgruppe war die Beteiligung nationaler sozialer NRO an europäischen Netzwerken und Dachverbänden, wie zum Beispiel an der Socialplatform (Platform of European Social NGOs), EURODIACONIA, EAPN (European Anti-Poverty Network), um so verstärkt Einfluss auf Strategien und Politiken der europäischen Ebene nehmen zu können. Darüber hinaus gehende Gründe für eine Beteiligung an europäischen NGO-Zusammenschlüssen betrafen, nach Ansicht unserer Gruppe, vor allem das gemeinsame Lernen von- und miteinander, den Austausch von Erfahrungen, die respektvolle Begegnung

mit unterschiedlichen Traditionen sowie auch das Kennenlernen und Transformieren von best practice Modellen auf regionale und örtliche Gegebenheiten.

Abschließend hat sich die Arbeitsgruppe mit der Forderung nach der Möglichkeit beschäftigt, ad hoc Arbeitsgruppen einberufen zu können, die sich kurzfristig und in zeitlich begrenztem Rahmen spezifischen Themenstellungen widmen.

(Doris Scheer, Referentin für Europäische Förderpolitik/Diakonisches Werk Schleswig-Holstein, Rendsburg)

Arbeitsgruppe 2: **Situationsanalyse - Hauptschwierigkeiten und Problemlagen**

Inhaltsüberblick

1. Einführung
2. Allgemeine Rahmenbedingungen
3. Sozialpolitische und rechtliche Rahmenbedingungen
4. Kommunikation zwischen staatlicher Seite und sozialen Nicht-Regierungsorganisationen
5. Dachverbände und Kooperationen
6. Zur Finanzierung von sozialen Nicht-Regierungsorganisationen in den Beitrittsstaaten
7. Finanzierungsfragen von EU-Projekten

1. Einführung

Die EU-Osterweiterung ist mit Entwicklungen konfrontiert, die in der gesamten EU und in den Beitrittsstaaten wirksam sind. Neben den Wahlen zum Europäischen Parlament und der Umsetzung der EU-Vertragsreform wird sich der Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten in die Europäische Union das herausragende Ereignis im Jahre 2004 erweisen.. Mit zehn Beitrittsländern (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakische Republik und Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) umfasst die EU seit dem 1. Mai 2004 25 Mitgliedstaaten, in denen etwa eine halbe Milliarde Menschen leben (455 Millionen). Die Erweiterungsperspektive stabilisiert die Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) nach dem Zerbrecen des Eisernen Vorhanges. Ein friedlicher Aufbau demokratischer Strukturen und eines freiheitlichen Wirtschaftssystems ist ohne diese Erweiterungsperspektive nur schwer denkbar. Die Beitrittsländer haben in den letzten zehn Jahren eine rasante wirtschaftliche und auch gesellschaftliche Entwicklung durchgemacht. Der Schwerpunkt fand aber im staatlichen Bereich und in der Wirtschaft statt.

Der Bereich der Zivilgesellschaft, der Nicht-Regierungsorganisationen (NROen) und der sozialen Dienste ist nicht Gegenstand der Beitrittsverhandlungen gewesen, denn sie sind nicht Bestandteil des zu verhandelnden EU-Regelwerkes - des "acquis communautaire". Der soziale Bereich bzw. der Bereich der sozialen Dienste hatte nur eine untergeordnete Stellung inne. Gleichwohl sind sie wichtig für eine Union, die sich heute nicht mehr nur als Wirtschaftsunion versteht. Für die Beitrittsstaaten wird es darum gehen, ein flächendeckendes System von sozialen Diensten zu schaffen, das notwendigen Qualitätsstandards genügt und nachhaltig finanzierbar ist.

In diesem Kontext bekommt die Fachtagung eine besondere Bedeutung. Mit ihrer Frage nach dem Kooperations- und Beratungsbedarf sozialer Dienste in den Beitrittsstaaten wird Neuland betreten, insbesondere mit der Erhebung des Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa. Erstmals wird systematisch versucht, die Erwartungen seitens der Zivilgesellschaft in den Beitrittsländern festzustellen, Probleme zu identifizieren und vor allem die Erwartungen an den Beratungs- und Kooperationsbedarf gegenüber den Alt-EU-Ländern auszuloten.

Entsprechend lauteten die Leitfragen der Arbeitsgruppe: Wo liegen die Probleme für die Träger sozialer Dienste? Wie kann von staatlicher Seite der Transformationsprozess unterstützt werden? Welche Erwartungen bestehen seitens der MOEL bezüglich Unterstützungs- und Beratungsleistungen sowie bei Kooperationen?

In der hier dokumentierten Arbeitsgruppe 2 kamen Vertreter aus Ungarn, der Slowakei, aus Tschechien sowie deutsche Vertreter zu Wort, die über Projekte oder institutionell mit den Ländern Litauen, Lettland und Polen verbunden sind. Die Diskussion wurde von Dr. Rudolf Martens, Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband/Berlin geleitet.

2. Allgemeine Rahmenbedingungen

Positive Rahmenbedingungen für soziale NROen, wie sie in Westeuropa bestehen, sind in den MOEL im allgemeinen noch nicht geschaffen worden. Vielmehr musste eine Kontinuität von politischen Entscheidungspfaden festgestellt werden, die bis in Zeiten vor der Wende zurückreichen. Zum einen bedeutet das aber, dass sich eine Rechtssicherheit nach westeuropäischen Standards und damit Einklagbarkeit von sozialen Rechten erst noch entwickeln muss. Zum anderen hat in den Beitrittsstaaten noch keine vertiefte Dezentralisierung der Verwaltungs- und Entscheidungsebenen stattgefunden. Oftmals liegt die Finanzhoheit noch beim Zentralstaat, was die finanzielle Autonomie der Gemeinden stark behindert oder sogar ausschließt. Die von der EU-Kommission angestoßenen Reformen hatten zudem oft nur die Verwaltungen bzw. die Finanzstrukturen zum Ziel, nicht aber den Bereich des Dritten Sektors mit seinen sozialen NROen.

Insgesamt ist das Verbändewesen der sozialen NROen in den MOEL noch schwach entwickelt. Dies ist vor allem historisch bedingt, neben Staat und kommunistischer Partei konnte sich kein Dritter Sektor, keine unabhängige Bürgergesellschaft herausbilden. Dadurch fehlen ganze Traditionslinien eines Verbändewesens. Auch existiert eine gewisse Scheu, sich freiwillig in Organisationen zu engagieren, zu viele Erinnerungen an die realsozialistische Zeit wirken hier nach. Mit anderen Worten: Der Bereich der Zivilgesellschaft muß sich zu großen Teilen erst neu entwickeln.

Eine Folge davon und ein wichtiger Befund scheint die sehr ungleichmäßige Verteilung der NRO-Aktivitäten zu sein. Im Falle Ungarns konzentrieren sich die Aktivitäten in der Hauptstadt und in den westlichen Regionen, entsprechend existieren dort die meisten Organisationen, genannt wurde eine Zahl von 60 Prozent. Für die Slowakei wird geschätzt, daß sich 70 Prozent der NROen in Bratislava konzentrieren. Insgesamt ist mehr Flexibilität, Veränderungsbereitschaft und Akzeptanz durch die Vertreter von Staat und Gesellschaft gegenüber sozialen NROen notwendig - kurz gesagt: ein anderes Denken ist erforderlich.

3. Sozialpolitische und rechtliche Rahmenbedingungen

Mit dem Status eines Kandidatenlandes haben sich die Beitrittsländer verpflichtet, nationale Programme zur Heranführung an die wirtschaftlichen und

sozialen Standards (Sozialversicherung, Arbeits- und Sozialrecht, Asylrecht etc.) der Union aufzulegen. Die Beitrittsländer haben daraufhin im sozialen Bereich viele neue Gesetze und Gesetzesreformen verabschiedet oder auf den Weg gebracht. Allerdings sind die "Heranführungshilfen" der EU - jährlich ca. 300-360 Millionen Euro - leider überwiegend für staatliche Infrastruktur und Wirtschaftsprojekte verbraucht worden.

Insgesamt zeigt sich ein Bild widersprüchlicher Entwicklungen. Auf dem Gebiet des Arbeits-, Gesundheits- und Sozialrechts wäre durch die bisherigen Gesetzesreformen schon vieles möglich, was in den "Altmitgliedstaaten" der EU zum Standard gehört. Dem stehen zwei Probleme entgegen: Zum einen stellt der Staat noch nicht genügend Mittel für seine Gesetzesvorhaben zur Verfügung; des weiteren sind zentrale Fragen der Sozialgesetzgebung, des Gemeinnützigkeitsrechtes und des Steuer- und Rechtsstatus sozialer NROen oftmals noch ungeklärt und befinden sich in einem Schwebestadium. Zum anderen ist der Bereich der NROen noch zu schwach entwickelt. So fehlt die ganze Bandbreite von eigenständigen Projektentwicklungen, von Modellen oder Experimenten, an denen sich die einzelnen nationalstaatlichen Sozialpolitiken orientieren könnten. Zugleich besteht die Notwendigkeit, die für die Aktivitäten der NROen erforderlichen Rahmenbedingungen erst zu schaffen bzw. bestehende auszubauen.

Am Beispiel Ungarns sind die besonderen Probleme mit Vergabeverfahren deutlich geworden: Dort ist es seit 1993 für die Gebietskörperschaften bzw. Kommunen grundsätzlich möglich, Aufträge zur Bereitstellung sozialer Dienste an NROen, kirchliche Stellen oder privat-gewerbliche Anbieter zu vergeben. Dabei ist das Verhältnis zwischen staatlichen bzw. kommunalen Verwaltungen und den NROen am wenigsten entwickelt, entsprechend existieren bislang nur wenige vertragliche Verhältnisse. In den existierenden Fällen treten neue Probleme auf, da die Gebietskörperschaften ihrerseits die Finanzmittel des Staates weiterreichen, was mit umständlichen und aufwendigen Kontrollverfahren verbunden ist. Oft werden staatliche Mittel auch nur verzögert weitergereicht, was für die NROen besonders prekär ist, denn i.d.R. haben sie kein finanzielles Polster, um Mittel vorzuschießen.

4. Kommunikation zwischen staatlicher Seite und sozialen Nicht-Regierungsorganisationen

Eine kontinuierliche und berechenbare Politik existiert bislang nur in Ansätzen, das Regierungsverhalten in Bezug auf NROen, ihre Rolle und Finanzierung, ist oftmals noch zu schwankend. Allgemein wird das Fehlen einer garantierten bzw. institutionalisierten Kommunikation zwischen NROen und Regierung beklagt. Zu oft werden NROen als Widerpart oder sogar als Gegner der aktuellen Politik der staatlichen Seite gesehen, weniger als Anwälte für benachteiligte Menschen oder als gleichberechtigte Anbieter sozialer Dienstleistungen.

Derzeit ist das gemeinsame Gespräch noch zu sehr von personenabhängigen Strukturen bestimmt, verbindliche Kommunikationsstrukturen existieren nie landesweit, dagegen finden sich unterschiedlichste regionale Ansätze in Form von Ausschüssen oder Gesprächsrunden, an denen Vertreter sozialer NROen teilnehmen können. Nur mit einer Zusammenarbeit, die vom gegenseitigen Vertrauen zwischen den sozialen NROen und der politischen Seite geprägt ist,

wäre es möglich, gemeinsam abgestimmte Bedarfe vor Ort festzustellen und eine entsprechende Sozialplanung auf den Weg zu bringen.

Mehr als verstreute Ansätze einer Strategie der Regierungsseite mit Bezug auf zivilgesellschaftliche Belange existieren jedoch noch nicht. Eine gewisse Hoffnung setzen die NROen in die weitere demokratische Entwicklung; durch politischen Druck auf die nationalen Regierungen sollen gewisse Kommunikationsstandards, Konsultationsverfahren bei Gesetzgebungsvorhaben sowie eine gesetzliche Anerkennung der Zivilgesellschaft sowie Rechtssicherheit und Einklagbarkeit von Rechtsvorschriften erreicht werden. Neue Chancen für einen "Zivilen Dialog" mit den NROen des Sozialbereichs ergeben sich - so die Beobachtung - oftmals bei einem Regierungswechsel.

5. Dachverbände und Kooperationen

Allen Beteiligten ist klar, dass zu einem Sozialstaat soziale Bewegungen gehören, die möglichst unabhängig von staatlichen Einflüssen sind und auf gleicher Augenhöhe mit der politischen Ebene verhandeln können. Arbeitsgemeinschaften, Dachverbände und Zusammenschlüsse auf lokaler, nationaler bis hin zur transnationalen Ebene könnten dies leisten, solche Gründungen stehen aber für die NROen vieler Beitrittsstaaten noch weitgehend aus.

Die Notwendigkeit von Dachverbänden und verbindlichen Kooperationen ist unbestritten und wird von allen Beteiligten anerkannt. Einzelne Initiativen sind in Polen und Tschechien schon weit vorangeschritten; in Tschechien wurde beispielsweise jeweils eine Dachorganisation für alle NROen, Asociace nestátních neziskových organizací v České republice (Vereinigung der NRO in der Tschechischen Republik) wie auch eine Dachorganisation für soziale NROen, Spolek konference nestátních neziskových organizací působících v sociální a zdravotní sociální oblasti, SKOK (Verein der Fachkonferenz der nichtstaatlichen nicht gewinnorientierten Organisationen im sozialen und gesundheitssozialen Gebiet) gegründet. Erste Erfahrungen haben gezeigt, dass solche Dachorganisationen in intensive und wirkungsvolle Konsultationen mit den jeweiligen Regierungen eintreten können. Hier könnten internationale Beratergruppen von großem Nutzen sein, um solche Konsultationen anhand von Erfahrungen aus anderen Ländern zu unterstützen.

Netzwerke und Dachorganisationen müssen aber auch wichtige Funktionen nach innen wahrnehmen. So wären Arbeitsgemeinschaften und Verbände für den Bildungs- und Weiterbildungsbereich wichtig, um eine Qualifizierung im Bereich des Sozialmanagements zu erreichen. Des weiteren wäre ein geregelter fachlicher Austausch sowohl mit den anderen Beitrittsländern als auch mit den bisherigen EU-Mitgliedstaaten notwendig. Davon versprechen sich die Vertreter der Beitrittsstaaten neben der inhaltlichen auch eine organisatorische Unterstützung beim Aufbau und in der laufenden Arbeit von Netzwerken und Dachverbänden.

Als besonderes Problem wird derzeit gesehen, dass die bestehenden oder die sich demnächst in Gründung befindlichen Dachverbände über keine nennenswerten eigenen Mittel verfügen und die staatliche Seite noch nicht genügend darauf vorbereitet ist, auch hierfür Mittel - wenigstens für eine gewisse Übergangszeit -

zur Verfügung zu stellen. So ist das Problem bislang noch nicht gelöst, wie die Mitgliedsbeiträge für internationale und gerade europäische Dachverbände oder Netzwerke wie z. B. für EAPN (European Anti-Poverty Network) aufgebracht werden können.

6. Zur Finanzierung von sozialen Nicht-Regierungsorganisationen in den Beitrittsstaaten

Als ein zentraler Punkt hat sich die Finanzierung der von den NROen erbrachten Leistungen und sozialen Diensten erwiesen. Finanzierungsfragen zwischen selbstverwaltenden Kommunen und Zentralstaat scheinen in einigen Fällen noch nicht abschließend geklärt zu sein, denn wie vor 1989 werden die Finanzmittel zum großen Teil vom Zentralstaat verteilt (Beispiele: Tschechien, Slowakei).

Eine Finanzierung der von den NROen angebotenen Sozialdienste vergleichbar derjenigen der öffentlichen bzw. kommunalen Hand ist noch nicht allgemein üblich. Die staatliche Seite erblickt oftmals in den Diensten der NROen eine Konkurrenz und nicht einen möglichen Partner. Finanzierungen sozialer NROen werden nicht selten nur auf Jahresbasis gewährt, mittelfristige Perspektiven oder eine Planungssicherheit kann so kaum aufkommen. Dies hängt auch mit einer noch nicht abgeschlossenen Dezentralisierung in den Beitrittsstaaten zusammen, bei der die handelnden Personen ohne eine entsprechende Schulung oder Erfahrung auskommen mussten.

Die lokalen Behörden sehen sich oft nicht in der Verantwortung für soziale NROen. Bei der Vergabe von Zuschüssen steht das Eigeninteresse der lokalen Bürokratie oft im Vordergrund, auch muss mit Vetternwirtschaft oder sogar Korruption gerechnet werden. An dieser Stelle wird durch die EU eine positive Entwicklung angestoßen, denn die Anforderungen bezüglich Finanzkontrolle oder der Verwaltung von öffentlichen Mitteln durch staatliche Stellen war Teil der Beitrittsverhandlungen bzw. des "acquis communautaire". Eine Kultur der Verantwortlichkeit für das Gemeinwohl ist noch nicht allgemein verbreitet und muss sich noch weiter entwickeln. Diese nachzuholende Modernisierung ist aber gleichzeitig auch eine Voraussetzung für Entwicklung des Dritten Sektors.

Den NROen geht es um eine Verstetigung und Verlässlichkeit der Finanzierung der von ihnen angebotenen sozialen Dienste und Projekte. Des weiteren möchten sie Neues und Innovatives ausprobieren. Dies wird erschwert, wenn in Projekten unterschiedliche Themen - wie beispielsweise Sozialarbeit und Kultur - verknüpft sind. Bei der Bewilligung werden Verantwortlichkeiten oft von einer staatlichen Stelle zur nächsten weitergeschoben.

Diese Umstände können die NROen zuweilen in finanzielle Bedrängnis bringen, da sie oft nur über eine wesentliche Finanzquelle verfügen - wie öffentliche Fördermittel, Entgelte, Spenden, Schenkungen oder Einkommenssteueranteile. In Ungarn liegen dazu statistische Angaben vor, die besagen, dass ca. 70 Prozent der Organisationen nur eine Finanzierungsquelle haben, lediglich 30 Prozent zwei oder mehr (derzeit sind in Ungarn ca. 50.000 NROen registriert). Um eigene Mittel einzuwerben, versuchen die NROen auf kommunaler bzw. regionaler Ebene Kampagnen zu initiieren. Dabei hat sich herausgestellt, daß die NROen häufig ohne die Mitarbeit von Ehrenamtlichen nicht auskommen.

In Ungarn und Litauen können Einkommensteuerzahler 1 bzw. 2 Prozent ihrer Steuern einer staatlicherseits anerkannten NRO zuweisen. Dies macht es in diesen beiden Fällen besonders notwendig, nicht nur mit der staatlichen Seite, sondern auch mit dem (Steuer-)Bürger ins Gespräch zu kommen, um für die Arbeit der sozialen NROen zu werben. Im übrigen ist es der politischen Arbeit der NROen in den beiden Ländern gelungen, diese innovative Steuerregelung durchzusetzen; im Falle Litauens konnten die dortigen NROen von den Erfahrungen Ungarns profitieren.

7. Finanzierungsfragen von EU-Projekten

Spätestens seit dem EU-Beitritt der neuen Mitgliedstaaten ist die Beantragung und Verfügbarkeit von EU-Mitteln zu einem wichtigen Thema für die NROen im sozialen Bereich geworden. Insbesondere weil ab diesem Zeitpunkt die Förderbedingungen bei Strukturfonds- bzw. ESF-Mitteln weitgehend an die der Alt-EU-Mitglieder angeglichen werden. Zwar werden seitens der NROen große Hoffnungen auf die EU-Mittel gesetzt, es haben sich aber bereits jetzt bedeutsame Hürden und Schwierigkeiten herausgestellt.

Staatlichen Stellen und Verwaltungen mangelt es oft an operativen Erfahrungen im Umgang mit NROen, auch sind verwaltungstechnische Voraussetzungen schon allein hinsichtlich personeller und struktureller Kapazitäten nicht immer vorhanden. Mangelnde Dezentralisierung und Kompetenzen wie eine ungeklärte Finanzhoheit wirken sich negativ aus. Darüber hinaus werden Informationen zu EU-Programmen und EU-Ausschreibungen nicht oder oft verspätet oder nicht vollständig weitergegeben. NROen werden zuweilen als Konkurrenten um EU-Finanzmittel gesehen und weniger als gleichberechtigte Partner. Des weiteren scheint es bei einigen Kommunen Vorbehalte zu geben, nach einer EU-Förderung von sozialen NROen auf Folgekosten sitzenzubleiben.

Besonders schwierig erweist sich die staatliche Seite bei der Frage nach der Kofinanzierung von EU-Projekten. Bei der Beantragung von EU-Fördermitteln wird oft übersehen, daß eine nationale Kofinanzierung erforderlich ist (dies wurde am Beispiel PHARE dargelegt). Die Träger müssen einen Eigenanteil der Finanzierung in Höhe von 10 Prozent übernehmen (Beispiel Ungarn), viele NROen sind jedoch nicht in der Lage, diesen Anteil aufzubringen. In vorherigen Förderphasen war es noch möglich, diesen Eigenanteil als Personalressource ("voluntary work") einzubringen. Der Eindruck entsteht, dass die staatlichen Verwaltungen eine EU-Kofinanzierung vorzugsweise nur eigenen Projekten zugute kommen lassen wollen. In diesem Falle ist es für die NROen wichtig, rechtzeitig informiert zu sein, um ein wirksames Lobbying bei den für die Vergabe zuständigen Stellen zu initiieren.

Aber auch auf Seiten der sozialen NROen existieren Hürden, die ein wirksames Abrufen von EU-Fördermitteln erschweren. Neben einem unsystematischen Abruf von vorhandenen Informationen zu EU-Ausschreibungen fehlt den NROen häufig die operative und antragstechnische Erfahrung zum Abrufen von EU-Mitteln. Des weiteren bestehen i. d. R. noch keine geregelten und systematischen Verbindungen zu Banken, um EU-Projekte vorzufinanzieren oder um eine Zwischenfinanzierung vorzunehmen.

Von der Arbeitsgruppe herausgearbeitet wurde die Empfehlung, zum einen vom Staat unabhängige Informationsplattformen zu EU-Fördermitteln aufzubauen und zum anderen Netzwerke von Kooperationspartnern - auch EU-weite - zu bilden, die in der Lage sind, gemeinsame Projektentwicklungen und Antragstellungen von EU-Mitteln zu ermöglichen.

(Dr. Rudolf Martens, Der Paritätische Wohlfahrtsverband – Gesamtverband/ Berlin; dem Autor lagen für die Berichterstattung aus der Arbeitsgruppe 2 neben eigenen Aufzeichnungen, Stichworte und Textbausteine von Jutta Braun-von der Brelie, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, und Mathias Maucher, Beobachtungsstelle für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa, vor, die auch in den Bericht eingeflossen sind.)

Arbeitsgruppe 3: Kooperationen und Bedarfe

Zu Beginn grenzte die Gruppe die inhaltlichen Bereiche näher ein, in denen aus ihrer Sicht, konkreter Kooperationsbedarf besteht: Dabei wurden im wesentlichen die ersten fünf Felder herausgestellt, die in der Umfragebeantwortung erscheinen. Am häufigsten wurden von den Befragten die Bereiche Ausbildung/Schulung/Qualifikation angegeben, Finanzierung, Qualität sozialer Dienste, EU-Fördermittel/Ausschreibungsverfahren, fachlicher Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Vernetzung mit EU-Institutionen. Sie bilden damit ein "Ranking" aus 20 vorgegebenen Positionen. Zudem zeichnete sich tendenziell noch der Bereich der "Sozialökonomie" ab (Management u.ä.), entsprechend einer allgemeinen Entwicklung in der EU insgesamt.

Im einzelnen sind Beispiele und Erfahrungen von bereits bestehenden Kooperationen unterschiedlichster Art erörtert worden, wie etwa diejenigen der Beratungs- und Koordinierungsstelle für deutsch-polnische Zusammenarbeit im Wohlfahrtsbereich mit Sitz in Salzgitter (BKS). Zusammenarbeit und auch Beratung findet auf allen Ebenen in den hier behandelten Ländern statt, d.h. im Falle von bestehenden nationalen Strukturen mit diesen auf der nationalen Ebene, über die regionale bis zu einzelnen Projekten oder Häusern mit einem Angebot an sozialen Diensten auf der lokalen Ebene.

In der Diskussion trat eine Entwicklung hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung der Zusammenarbeit zwischen deutschen Trägern der Wohlfahrtspflege einerseits und Trägern sozialer Dienste in den Visegrad-Staaten andererseits zutage: während am Anfang der grenzüberschreitenden Begegnungen vor allem die sogenannte Notfall- oder im einzelnen auch Katastrophenhilfe stand, nahm die Arbeit im Rahmen des "Normal"-Falles zu. Von diversen Projekten, auch mit transnationalen Partnern und von einem Fachkräfte-Austausch in unterschiedlichsten Aufgabenbereichen der Sozialarbeit wurde berichtet.

Die in der Runde geäußerten Erfahrungen der schon seit mehreren Jahren in Polen mit dem Aufbau von Kooperationsstrukturen befassten BKS zeigten vor allem auf, dass überörtliche Verbandsstrukturen – hier in Polen – bislang noch für die wenigsten der deutschen „Pendant-Verbände“ existieren bzw. noch nicht in einer zufriedenstellenden Effizienz für die Interessen der Betroffenen und Nutzer von sozialen Diensten eintreten können.

Diese noch unterschiedlich entwickelten Strukturen spiegeln auch die unterschiedlichen Erfahrungen von langjähriger Kooperation hin zu punktueller und eher sporadischer Zusammenarbeit wider. Im Zentrum von beginnenden Kooperationen steht immer das Suchen und Finden verlässlicher Partner und eines Gegenstandes, der Interesse und Kompetenzen beider Seiten umfasst. Dabei stellte sich heraus, dass in den neuen Mitgliedstaaten zunehmend interne Vorgänge in den Verbänden selbst Bedeutsamkeit erlangen, einschließlich beginnender Dachverbands- oder "Mega"-Strukturen. Man arbeitet in verschiedenen Gremien zusammen bzw. lädt auch übergreifend dazu ein, macht entsprechende Angebote. Die Diskussion in der Gruppe machte an dieser Stelle ein Kommunikationsdefizit fest, da über solche Ansätze auch stärker innerhalb der Verbände informiert werden sollte.

Eine bestimmte, konkrete Erwartungshaltung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnte hier, zum Thema des Strukturaufbaus (noch) nicht festgestellt werden. Jedenfalls nicht mehr als die Befragung selbst im Vorfeld ergab.

Die Arbeitsgruppe fasste einige Schlussfolgerungen zusammen und äußerte Empfehlungen, die sich aus den Diskussionsergebnissen herleiten ließen:

- a) Kooperation und diesbezügliche Bedarfe erstrecken sich auf alle Ebenen und Formen; es existiert ein "Mix". Wichtig sind das Verbinden, Anbieten und - ganz besonders - das Informieren quer durch die Hierarchien der beteiligten Akteure hindurch.
- b) Die Notwendigkeit einer transnationalen Gesamtkoordination (etwa durch das Observatorium) wird weniger gesehen. Eher geht es um eine Begleitung, die in erster Linie wissenschaftlicher Natur sein sollte. Als mit-ausschlaggebend für die zukünftige Entwicklung der sozialen Dienste in den Ländern Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn wurden die Vorgänge innerhalb der Verbände bzw. von dach- oder überverbandlichen Strukturen gewertet. Dabei sollte man sich aber durchaus gegenseitig informieren und abstimmen. Spontane „Versuchsballone“ könnte schon die Ressourcenlage eindämmen.
- c) Es gilt, alle vorhandenen Potenzen zu nutzen. Dazu gehören (auch) Euro-Regionen, weitere Strukturfonds neben dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wie etwa der Europäische Regionalfonds (ERDF) oder Interreg sowie Städtepartnerschaften. Angesichts erforderlicher finanzieller Absicherung der Arbeit und der Kooperation sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, auch wenn sie mit hohem bürokratischen Aufwand, Problemen (z.B. der nationalen Kofinanzierung) und Frustrationen verknüpft sind. Denn noch geht es für viele Anbieter sozialer Dienste um das bloße Überleben und damit um die existenzielle Versorgung vor Ort.
- d) Ebenso ist auf allen Ebenen Netzwerkentwicklung voranzutreiben. Wichtig ist der europäische Austausch im ehrenamtlichen und Mitarbeitendenbereich (von PraktikantInnen u.ä.). Auf mögliche Probleme muss und kann man sich vorbereiten. Eventuell könnten eine weitere Tagung, vor allem auch die Einrichtung einer speziellen Kommunikationsplattform (Website) Sinn machen. Eine solche Website könnte etwa in der Form eines Chatrooms eine Partnerbörse für entsprechende Bereiche der Sozialarbeit in verschiedenen Ländern anbieten. Dazu sollten immer die persönliche Begegnung, das gemeinsame Arbeiten kommen.
- e) Ausschlaggebend ist gegenseitiges, empathisches Lernen, nicht ein paternalistisches Verhalten oder der Versuch des "Exports" des deutschen Wohlfahrtswesens. Wechselseitige Erfahrungen sollen in ein gesamt-europäisches Modell, in die EU-Entwicklung eingebracht werden.

*(Dr. Manfred Mohr; EU-Referent,
Deutsches Rotes Kreuz, General-
sekretariat, Berlin)*

Schlusswort

Neue Partnerschaften in einer erweiterten EU:

Voneinander lernen – Soziale Infrastruktur stärken

Dr. Manfred Ragati, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie haben heute an einem sehr interessanten und lebendigen Workshop zur Rolle der sozialen Dienste und zum Kooperations- und Beratungsbedarf im Transformationsprozess in den neuen EU – Ländern gestalten können. Der Workshop hat sehr deutlich gemacht, vor welchen Herausforderungen wir in den alten und neuen Mitgliedstaaten auch im Hinblick auf die sozialen Dienste stehen. Wir wollen diese Herausforderungen gemeinsam meistern und ich denke, dieser Workshop hat dazu Wege aufgezeigt.

Der Beitritt ist historisch wichtig und richtig

Der Beitritt ist gewollt, er ist historisch wichtig und richtig, daran gibt es gar keinen Zweifel. Trotzdem, der Beitritt von 10 Ländern auf einen Schlag bringt auch eine Fülle von notwendigem Regelungsbedarf mit sich, in den Institutionen der EU und ganz besonders in den Beitrittsländern. Was da alles in den Beitrittsländern zu regeln ist, um den Stand des sogenannten *acquis communautaire*, des gemeinschaftlichen Besitzstandes, zu erreichen, ist schier unvorstellbar. Zu bedenken ist auch, dass dies alles in Ländern geleistet werden musste, in deren Mehrzahl die Bürgerinnen und Bürger erst vor einem guten Dutzend Jahren einen völligen Systemwechsel hin zur Demokratie erkämpft haben, von Ländern, die sich noch im Transformationsprozess befinden.

Ich habe wirkliche Hochachtung vor allen, die daran mitgewirkt haben, nationale Gesetze, Verwaltung und Institutionen so umzugestalten, dass der Beitritt im Mai nächsten Jahres vollzogen werden kann.

Frühzeitige Einbeziehung der Beitrittsländer in europäische Entscheidungen

Ich halte es auch für sehr wichtig und richtig, dass die neuen EU – Länder bereits im Kandidatenstatus an vielen Entscheidungen der EU beteiligt waren. Als herausragende Ereignisse nenne ich hier den Konvent zur Charta der Grundrechte und natürlich den Konvent zur Zukunft Europas an dem Vertreter und Vertreterinnen der Beitrittsländer von Anfang an voll beteiligt waren. Ich wünsche mir sehr, dass die Regierungskonferenz, die jetzt über den vom Konvent vorgelegten Verfassungsentwurf berät, zu einer schnellen Einigung kommt und das vom Konvent vorgelegte Paket nicht wieder aufschnürt. Der Verfassungsentwurf stellt nach meiner Meinung den zur Zeit bestmöglichen Kompromiss dar. Er atmet europäischen Geist, er stellt Europa über nationale Egoismen.

Unterschiedliche Entwicklungsstände wecken Ängste

Der Beitritt weckt aber auch Ängste, sowohl in den alten als auch in den neu hinzukommenden Mitgliedstaaten. Mir persönlich sind die Ängste und Unsicherheiten in den Beitrittsländern verständlicher als die oft irrationalen Ängste in den alten Mitgliedstaaten. Ähnliche Ängste, z.B. die Angst vor einer großen Zahl von Arbeitsmigranten, die in die alten Mitgliedsstaaten drängen, die Angst vor dadurch hervorgerufenem Lohndumping, gab es beim Beitritt Portugals und Spaniens. Nichts davon hat sich bewahrheitet.

Die Beitrittsländer, konkret nenne ich Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn, denn mit Vertretern und Vertreterinnen aus diesen Ländern haben wir heute zusammengearbeitet, treten einer Union bei, die seit 1958, also seit fast 50 Jahren, besteht. Die Menschen in den Staaten der Gründungsmitglieder hatten seit fast zwei Generationen Zeit, sich mit dem europäischen Gedanken vertraut zu machen - im übrigen ist dies auch nicht immer im wünschenswerten Umfang gelungen. Sie hatten Zeit, sich an die verschiedenen Entwicklungsstadien zu gewöhnen, von der Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einem politischen und sozialen Europa.

Ein soziales Europa

Soziales Europa ist das Stichwort, auf das ich im folgenden näher eingehen möchte. Heute ging es ganz praktisch darum, wie wir die Zusammenarbeit mit sozialen NGO´s und Kommunen partnerschaftlich und durch gegenseitige Unterstützung verbessern können.

Ich möchte die Frage der Kooperation über die unmittelbare Zusammenarbeit hinaus gerne in einen europäischen sozialpolitischen Zusammenhang stellen und möchte auch auf die Fragen der unterschiedlichen Organisation sozialer NGO´s in den Mitgliedsstaaten der EU eingehen.

Europa war lange nur Wirtschaftsgemeinschaft. Sozialpolitische Fragen spielten kaum eine Rolle. Erst der Vertrag von Maastricht, stärker noch der Vertrag von Amsterdam, (1997) brachte zunehmend auch die Sozialpolitik ins Spiel.

Heute gibt es das „Europäische Sozialmodell“. So fordert die Lissabonner Strategie, die auf dem Frühjahrsgipfel im Jahr 2000 beschlossen wurde: „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“

Freie Wohlfahrtspflege und Kommunen in Deutschland wie in allen Mitgliedstaaten müssen heute durchaus auf die europäische Ebene schauen, z. B. im Bereich Armut und Ausgrenzung, im Bereich Beschäftigungspolitik. Häufig ist vielen Beteiligten gar nicht klar, dass nationale Gesetze und Verordnungen europäisch initiiert sind.

Vielfalt – Europas Reichtum

Das soziale Europa basiert auf einer Vielfalt historisch gewachsener Strukturen, Traditionen und Kulturen sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch in dem Bild, das die Europäische Union als Ganzes abgibt. Diese Werte gilt es zu wahren und zu fördern. Sie sind Garant für Vielfalt in Europa und Chance für einen

gegenseitigen Lernprozess. Die Schaffung eines sozialen und politischen Europas muss auf seinen Bürgern aufbauen. Erforderlich ist ein Gefühl der europäischen Zusammengehörigkeit auf der Grundlage gemeinsamer kultureller Bezugswerte und sozialer Errungenschaften. Ein solches Bewusstsein gründet sich auf gegenseitigem Kennenlernen, vermehrten persönlichen Kontakten sowie verstärktem Wissens- und Erfahrungsaustausch.

Dieser Workshop ist ein lebendiges Beispiel dafür, wie solche Ziele praktisch umgesetzt werden können.

Gemeinsame Wertvorstellungen

In den ehemaligen Ostblockländern, gab es bis zur Wende aus systemimmanenten Gründen kaum NGO´s, speziell keine sozialen NGO´s. In den alten Mitgliedsstaaten – ich habe ja eben schon auf die Vielfalt historisch gewachsener Strukturen, Traditionen und Kulturen hingewiesen - haben sich soziale NGO´s in ganz unterschiedlicher Weise organisiert. Gemeinsam ist jedoch allen der Gedanke der Solidarität, ihr bürgerschaftliches Engagement, ihre Anwaltsfunktion, Ihr Eintreten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Toleranz. Ich denke, hier genau sind die Schnittstellen, hier ist die Gemeinsamkeit, der sozialen NGO´s in den alten und neuen Mitgliedsländern. Hierauf können wir unsere Partnerschaft aufbauen.

In der vom Observatorium für die Entwicklung europäischer sozialer Dienste in Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden durchgeführten Befragung zum Kooperations- und Beratungsbedarf mit Kommunen und Trägern sozialer Dienste in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn wurde soziale Anwaltschaft als die wichtigste Beteiligungsform an aktiven politischen Prozessen genannt.

Auch bürgerschaftliches Engagement spielt eine wichtige Rolle. Im Durchschnitt arbeiten ca. 20 Ehrenamtliche in den sozialen NGO´s mit. In einzelnen NGO´s ist diese Zahl sehr viel höher. Das ist für mich besonders eindrucksvoll, dass sich in den ehemaligen Ostblockländern so schnell und auf breiter Basis zivilgesellschaftliches Engagement wieder entwickelt hat. Zivilgesellschaftliches Engagement ist die Basis für die Zukunft Europas, für ein Europa der Bürger und Bürgerinnen.

Mangelnde Finanzierung – ein großes Problem

So positiv diese Entwicklung ist, ich weiß, das die Kommunen und ganz besonders die sozialen NGO´s in den neuen EU- Staaten vor einer Fülle von Problemen stehen. Dies ist ja auch in den Vorträgen und in den Diskussionen in den Arbeitsgruppen heute sehr deutlich geworden.

An erster Stelle ist da die mangelhafte bzw. fehlende Finanzierung sozialer NGO´s in den Beitrittsländern zu nennen. Die Finanzierung von sozialen Dienstleistungen ist nicht klar geregelt. Nur zu einem geringen Prozentsatz, er liegt weit unter 20%, können soziale NGO´s in den Beitrittsländern auf staatliche oder kommunale Finanzierung zurückgreifen und die ist häufig ausschließlich projektbezogen. Im wesentlichen sind sie auf Spenden, Vermächtnisse und auf die Erlöse, die sie aus ihrem Dienstleistungsangebot erzielen angewiesen.

Viele NGO´s müssen permanent um ihr Überleben kämpfen. Wenn Mitarbeiter nicht mehr bezahlt werden können, wenn es nicht dafür reicht, Miete, Heizung, Strom und Wasser zu bezahlen, ist an langfristige Planungen nicht zu denken.

Auch Ansprüche an eine an Qualitätsmaßstäben orientierte Arbeit können dann nicht erfüllt werden.

Die Gesetzgebung, obwohl in den Jahren seit der Wende sehr viel geleistet worden ist, ist in vielem noch unzureichend. Klare Regelungen für den Status und die Finanzierung sozialer Dienstleistungen durch soziale NGO´s fehlen.

Der Beratungsbedarf, das hat die Umfrage klar ergeben, ist sehr groß. Am stärksten nachgefragt werden die fachliche Information und der Erfahrungsaustausch zu einzelnen Feldern sozialer Arbeit. Es folgen der Beratungsbedarf zu Ausbildung, Schulung, Qualifikation, zu EU- Fördermitteln und zu Finanzierung und Qualität sozialer Dienste.

Wie kann es weitergehen?

Seit Beginn des Transformationsprozesses hat sich eine lebendige Szene von sozialen NGO´s in den Beitrittsländern entwickelt, die sich in nahezu allen Arbeitsfeldern sozialer Arbeit engagiert. In der Kinder- und Jugendhilfe, in der Altenhilfe, in der Familienhilfe und in der Behindertenhilfe, in diesen Arbeitsfeldern sind die meisten sozialen NGO´s tätig, aber auch in anderen Arbeitsfeldern wie Drogenhilfe, Migration, Hilfe für Wohnungslose.

Viele erfolgreiche und nachhaltige Kooperationen zwischen sozialen NGO´s in den Beitrittsländern und den Verbänden der deutschen Freien Wohlfahrtspflege haben sich in den letzten Jahren entwickelt. Wir müssen jetzt darüber nachdenken, wie wir diese verstetigen können, wie wir Synergieeffekte stärken können.

Durch Kooperation können beide Seiten nur gewinnen, Es ist zu überlegen, und dies sollte in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege beraten werden, dafür werde ich mich als Präsident der BAGFW einsetzen, ob es hilfreich ist, eine zentrale Stelle zu schaffen, die Kooperationen bündelt und vermittelt.

Ein lebendiges Europa braucht Vielfalt. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten in einem politischen und sozialen Europa soviel Gemeinsamkeit wie nötig zu schaffen und soviel Vielfalt wie möglich zu bewahren.

Goal and Summary of the conference

"New Partnerships in an Enlarged EU: Learning from Each Other - Strengthening Social Infrastructures"

In context with the forthcoming accession of further countries into the European Union, the 'Observatory for the Development of Social Services in Europe' has organised together with the Central German Associations of welfare organisations and the local authorities a survey on needs for co-operation in the field of social services. The main objective of the questionnaire was to obtain information about the demands of co-operation and consultation from the perspective of social service providers in the accession countries Poland, Slovakia, Czech Republic and Hungary. Furthermore, the survey aimed at elaborating for cross-border co-operation.

One objective of the conference was to elaborate distinct recommendations concerning possible assistance in the transformation process.

Programme

- 10.00 – 10.15: **Welcome**
(Ms. PSts –Secretary of State, Christel Riemann-Hanewinkel, BMFSFJ)
- 10.15 – 11.00: **Lecture by Dr. Kristina Koldinska**, University of Prague

Presentation of the report on the role of social services in the process of transformation, focusing on the legal parameters and forms of organisation
- 11.00 – 11.45: **Lecture by Beatrix Holzer**, Observatory for the Development of Social Services in Europe, Frankfurt/Main

Presentation of the results of the survey on the need for co-operation and consulting as perceived by the individual bodies of social services in the accession countries (trend analysis)
- 11.45 – 12.00: **Briefing on the Work Groups** and their objectives, Dr. Stephanie Scholz, DW EKD
- 12.00 – 13.00: **Joint Luncheon** in the Academy Casino
- 13.00 – 15.30: **Horizontal Analysis and Putting the Results in Perspective** -
Discussion and analysis in 3 working groups

1. **Aspects of Articulation and Participation** (Chair: Dr. Stephanie Scholz, DW EKD/Berlin)
 - Co-operation with political decision-makers, as related to the organisational form of bodies / institutions
 - Participation in the public opinion-forming process, with a special focus on socio-political processes (rights and opportunities)
 - Membership in national and European umbrella associations (form, manner and practice of communication within the association)
 - The rights of social services users to participate in the processes that affect them, and the realities thereof
 - => Improvement concepts: Do they exist? Are they deemed necessary? What prevents their implementation?

2. **Situation Analysis – Main Problems and Questions** (Chair: Dr. Rudolf Martens, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband/Berlin)

Main problems and questions (financing, legislation, social opinion, etc.)

 - Offer of cross-border social services
 - Financing from EU funding programmes
 - => Improvement concepts: Do they exist? Are they deemed necessary? What prevents their implementation?

3. **Co-operation and Needs** (Chair: Dr. Kristina Koldinska, University of Prague / Czech Republic)
 - Present structures of cooperation (national, with Germany, with other EU Member and Accession States)
 - Main co-operation and consulting needs
 - => Improvement concepts: Do they exist? Are they deemed necessary? What prevents their implementation?

15.30 – 15.45: Coffee break

15.45 – 16.45: Concluding plenary with presentation and discussion of results

16.45 – 17.15: **Concluding remarks** (President of BAG FW –Federal Association of Non-statutory Welfare - Dr. Manfred Ragati)

17.30 End

General Chair: Prof. Dr. Hanns-Stephan Haas, Director of the Diakonische Akademie Deutschland, Berlin

Summary

The goal of the conference, enabling a direct exchange between stakeholders from Germany and the Visegrad countries working in the area of social services, was well achieved. The conference offered a forum for discussions on all questions concerning the provision of social services, including the different legal frameworks in the Visegrad Four and their respective impact on building and consolidating non-state service structures. A number of workshops took a closer look to problems of financing, as well as to users' and providers' leverage in respect to the organisation of social services, their scope and related legislation. In a final plenary session the participants assessed various needs for improvement and developed visions for future cooperation in the new era of integration after the EU's enlargement.

The conference started with a welcome address by Undersecretary *Christel Riemann-Hanewinckel, MP* (German Federal Ministry for Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth). Riemann-Hanewinckel stressed the challenge of enlargement by ten countries of very different political and economic background compared with the EU-15 in what we became to know as the "West". She drew a parallel between the transformation of the welfare system in the accession countries and the modernisation of that system being currently implemented in Germany. In a long term view, she reflected, enlargement would promote economic growth and welfare as a whole.

In that perspective, social security would be strengthened, resulting in more sustainable care for disadvantaged and ill people in all EU countries. Social cohesion in the accession countries should be given the same importance as attributed to it in to-day member states. A renewed social system in Europe adapted to the new societal and economic challenges would need to unify the best elements of its various economic and social models. She underlined the importance of the manifold experiences of all countries, especially of those acceding to the Union in May, 2004, with regard to guaranteeing social rights and standards in order to achieve sufficient levels of „good practice“. To deliver on that target would require improved cooperation between welfare associations and municipalities in Germany, as well as between the former and umbrella organisations in the accession countries.

After these introductory remarks, two lectures by *Kristiná Koldinská* and *Beatrix Holzer* provided the audience with profound analyses of, first, the legal framework and, second, the forms of organisation for personal social services in the four EU accession countries Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia. Mrs *Koldinská* gave a description of the legal status quo in the Visegrad countries after 14 years of transformation and addressed some crucial aspects: Due to their common geographical and historical background, the development of social services in these countries would be rather easy to compare. This would originate as well from the formerly imposed soviet model of society, which had not tolerated any forms of association aloof from the state or its grip. So the most pressing problems had resulted from the centralisation of administrative structures in the four states, and from its corollary, an over-concentration of social services in very large facilities and units. Consequently these structures and their funding were put into the centre of the transformation process.

Decentralisation, new forms of public-private-partnership for social services and new legislation for the protection of social rights had been realised. Nevertheless, the most difficulties would still result from under-sized public budgets for social affairs.

Beatrix Holzer presented the main results gained from a survey of demands and expectations of social service providers in the Visegrad countries concerning cooperation and consultation. That data base had served as chief incentive to host the conference. Even if this survey could not be called a fully representative one, it clearly outlined the situation, particular needs and general-political wishes of social service providers. The survey examined 120 questionnaires which were sent back from all four countries, however the greatest number came from Poland. With respect to the degree of organisation, results showed that not-for-profit associations were in general organised in a national umbrella structure, this being especially the case in Poland. Membership of these associations in European networks or organisations mostly depended on their size and their extension on the regional and national levels.

Concerning opportunities for broader participation in the political decision-making process, most of those questioned criticised that there were no legal provisions in their countries to enable NGO's to make their voices heard. Participation were still conducted on an informal base. However, some kind of structures were being created in case of NGO's and public authorities cooperating in a certain project. In many instances, cooperation transcended national boundaries, with service providers and NGO's from Visegrad countries, among themselves and together with their West European counterparts, working together in the exchange of information, professional expertise, as well as in the areas of qualification and training. These features of cooperation included transnational projects financed by EU-programms.

The three *Working Groups*, dealing with „aspects of articulation and participation“, „analysis of the situation – main difficulties and problems“ and „cooperation and needs“ unequivocally concluded that there was one distinct condition influencing their daily work. Due to insufficient public funding most of the providers had to concentrate on short-term projects and services. Under these circumstances, there were few opportunities to create and uphold sustainable structures of social care, addressing clients in their dignity and in the full range of their needs. Sustainable structures would be indispensable to ensure mutually reliable relationships between users and staff, as well as to enhance participation and social advocacy. This aspect was especially focused on by the *first working group*.

That group, chaired by Dr. Stephanie Scholz, consisted of participants from Hungary, Poland, Austria and Germany. The discussion centered on structures and personal needs facilitating exchange and communication between all levels of stakeholders being concerned with the provision of social services. Participants from Hungary and Poland pointed out that communication within large social service NGO's, active on a transregional or even national scale, had to be improved and therefore to become more transparent and effective. By the same token, communication between NGO's on the one hand and public institutions and political representatives on the other still should be ameliorated and be put on a more regular footing.

These findings were supported in the plenary session later in the afternoon. Two Hungarian colleagues reported on a special kind of facilities named „Civil Houses“ which they introduced as an example of good practice. To any citizen, these facilities offered a forum to meet and to discuss, e.g. socially relevant legislation being in the parliamentary process. In “Civil Houses”, people also could work together to publish political viewpoints; for legal questions affecting their daily life, they could draw on information given by counsels who could be consulted free of charge.

The *second working group* dealt with an „Analysis of the situation-main difficulties and problems“ and was chaired by Dr. Rudolf Martens. The group included participants from Hungary, Slovakia, the Czech Republic and Germany. All of them were involved in common projects with colleagues and their institutions in Lithuania, Latvia and Poland. Main point of discussions was the small scope of NGO activity in the field of social services. This was attributed to the enduring influence of socialist thinking which favoured a centralised and fully state-controlled welfare system. Therefore the establishment of an independent civil society providing welfare chiefly by non-state initiative proved as some kind of “thought revolution”. Today the third sector, as it exists in most West European countries, still had to be nurtured.

The group learned that in each of these four countries social legislation had started in the areas of basic social security, labour safety and health. In Hungary, Slovakia and the Czech Republic, not-for-profit-organisations and NGO's were disadvantaged by widely insufficient legislation as regards their status and degree of independence, as well as by a taxation system lacking fair treatment of institutions performing social activities. On the contrary, tax legislation in Hungary and Lithuania was considered as quite innovative: Every person liable to income taxation would be entitled to re-direct a fraction of its due ranging between one and two per cent in favor of an NGO being active in the welfare sector.

But even if specialised legislation for social services had started, public funding in connection with the implementation of these laws were still far from being secured. Reflecting on the near-absence of nation-wide structures and umbrella organisations for socially active NGO's, the group agreed that these structures would not only be important for effective lobbying, but also to strengthen its base on the regional and local level. This task would require training and education of personnel working professionally with social service providers, as well as of volunteers whose contributions were indispensable.

On the whole, the working group came to the conclusion that a well-managed cooperation between public authorities and NGO's would constitute the most important task. This would apply, all the more, because the NGO's problems of financing would not only be caused by a lack of public resources, but by a lack of communication as well. In line with this, incomplete information about ways of EU funding, regulations of co-financing and “hidden” budgets undiscernible to laymen had been a key factor in keeping the NGO's extent of activities below what could be achieved otherwise.

The *third working group*, chaired by JUDr. Kristin Koldinská, debated various patterns of cooperation between the NGO, state and EU levels in relation to the NGO's specific needs. Participants confirmed the findings of the Observatory as regards the main aspects of cooperation desired by East European welfare NGO's

vis-à-vis their Western counterparts as put forward in the survey: Education and training would be top priorities, the same applying to financing, quality of services and EU funds. Professional information about all of these subjects would be on demand. Networking with EU-institutions would be of equal importance, the group underlined. Practice had showed that effective coaching by German social service associations and providers today is a reality, but too frequently restricted to cross-border projects with limited duration. In a long-term view, the group identified the establishment of reliable service structures as chief objective in the Visegrad countries. This could not be achieved quickly, but an intensive transnational dialogue between NGO's in both present and future EU member states would serve as a boost.

The **plenary discussion** elaborated that a promising means of rendering effective support to East European NGO's would be ad hoc-meetings with colleagues from the West centering on the topic of interest. An exchange of information and empirical knowledge would be conducive, for example, to influencing relevant legislation already at the time of its conception. Apart from face-to-face encounters, the NGO's in the acceding countries would gain extraproportionally from using internet fora and creating their own homepages. This aspect was raised by many participants who reported that the internet was easily accessible for some years now. It would provide social service professionals with the cost-lowest means of communication at hand for the foreseeable future. Its advantages had been frequently proven in the search of partners for transnational EU projects.

President **Dr. Manfred Ragati** (BAG FW – Federal Association of Non-statutory Welfare) started his concluding remarks expressing his desire that NGO's in the enlarging European Union would address the challenges confronting social services in a spirit of partnership and mutually beneficial exchange. In this context he pointed to the draft Treaty of a European Constitution providing a frame for a more meaningful description of the European social model which is still quite novel compared to the Single Market and the Single Currency, the latter at least looking back on some kind of preparatory stages for over twenty-five years. As a European Union that could truly be called democratic would be in need of citizens prepared to share a common identity, the creation of a European social model seemed to have a distinct purpose: New objectives like social inclusion, modernisation of social security systems and the introduction of some kind of employment policy on the European level, could positively influence the relationship between EU institutions and EU inhabitants. "Brussels" could be met by the citizen with more understanding and less be regarded as threatening. This process would be furthered by an exchange of experiences like the one taking place in that and upcoming conferences facilitating bi- and multilateral cooperation in the future. The President encouraged the audience to look for ways to improve mutual cooperation and exchange of expertise. Only joint efforts to cope with the challenges of ongoing integration and transformation would keep social services manageable on a Europe-wide scale.



--	--

Land

Interview-Nr.

BEFRAGUNG ZUM KOOPERATIONS- UND BERATUNGSBEDARF MIT TRÄGERN SOZIALE DIENSTE IN EU-BEITRITSSTAATEN

Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Beitritts weiterer Staaten in die Europäische Union, führt das „Observatorium für die Entwicklung der Sozialen Dienste in Europa“ (*weitere Informationen über das Observatorium und seine Träger, siehe beigefügter Hinweis*) diese Befragung durch. Das wesentliche Ziel dieser Erhebung besteht darin, Informationen über den Bedarf an Kooperation und Beratung aus Sicht der Anbieter sozialer Dienste (im wesentlichen personenbezogene soziale Dienste) in den Beitrittsstaaten Polen, Slowakische Republik, Tschechische Republik und Ungarn zu gewinnen und Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für den Auf- und Ausbau von Kooperationsstrukturen auszuloten.

Die Befragung erfolgt in enger Kooperation mit den deutschen Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege – die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Rote Kreuz, das Diakonische Werk der EKD, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland – und der Kommunen. Die Auswertung der Erhebung erfolgt zentral durch das Observatorium für die Entwicklung der Sozialen Dienste in Europa.

Die Ergebnisse dieser Befragung werden in einem Auswertungsworkshop im Dezember 2003 eingehen, auch mit dem Ziel, konkrete Empfehlungen hinsichtlich möglicher Unterstützungen im Transformationsprozess auszuarbeiten. Den beteiligten Organisationen/Einrichtungen dieser Befragung wird bei Interesse die Auswertung der Erhebung zugeleitet.

Wir würden uns freuen, wenn Sie als Träger sozialer Dienste in den EU-Beitrittsstaaten auf freiwilliger Basis an dieser Befragung teilnehmen.

Vielen Dank für Ihre Zusammenarbeit!

I. Angaben über Ihre Organisation/Einrichtung

1. Name und Anschrift (bitte ausfüllen!)

Name (Originalsprache):.....
Name (sinng.Übersetzung D/E):
Anschrift:
Land:
Tel./Fax:
Email:
Website:

2. Welche Art von Träger sind Sie?

öffentlicher (staatlich, kommunal) (1)
frei-gemeinnütziger (NPO/NGO) (2)
privat-gewerblicher (3)

Sonstiger (4)

↳ Falls sonstiger Träger, welche Art?.....
.....

3. Wie viele Personen sind in Ihrer Organisation/Einrichtung beschäftigt? (Anzahl bitte eintragen)

(1)

davon,

↳

1. Vollzeit:

(1.1)

2. Teilzeit:

(1.2)

3. Andere Beschäftigungsverhältnisse: (1.3)

4. Ehrenamtlich (1.4)

4. Über welchen rechtlichen Status verfügt Ihre Organisation/Einrichtung?

1. Verein (nicht-wirtschaftlich) (1)

2. Stiftung (2)

3. Genossenschaft (3)

4. Behörde/juristische Person des öffentlichen Rechts (4)

5. Kapitalgesellschaft (z.B. GmbH, AG, KG) (5)

6. Sonstige (6)

↳ falls sonstige Rechtsform: welche?.....
.....
.....

5. Organisation in Dachverbänden

A. Ist Ihre Organisation/Einrichtung in einem nationalen Dachverband organisiert?

ja (1)

nein (2)

Falls ja,

↳ in welchem? (Angaben bitte in der Originalbezeichnung und in einer sinng. Übersetzung in engl. oder deutsch)

.....

.....

(1.2) ↳ bekommt dieser Dachverband staatliche Zuschüsse? ja (1.1) nein

↳ ist dieser Dachverband organisatorisch vom Staat unabhängig?

ja (1.3)

nein (1.4)

B. Ist Ihre Organisation/Einrichtung Mitglied in einem transnationalen oder europäischen Dachverband?

ja (1)

nein (2)

Falls ja,

↳ in welchem?.....

.....

6. In welchen Feldern bieten Sie soziale Dienste an? (Mehrfachnennungen möglich!)

- 1. Kinder- und Jugendhilfe (1)
- 2. Altenhilfe/Pflege (2)
- 3. Drogenhilfe (3)
- 4. Familienhilfe (4)
- 5. Behindertenhilfe (5)
- 6. Sozialhilfe/Grundsicherung (6)
- 7. Erwachsenenbildung/Berufliche Förderung (7)
- 8. Wohnungslosenhilfe (8)
- 9. Migration (9)
- 10. Gesundheitsdienste (10)
- 11. Sonstige (11)

↳ welche Felder?.....

.....

.....

7. Wie finanziert sich Ihre Organisation/Einrichtung? (Mehrfachnennungen möglich!)

- 1. (Zentral-)staatliche Zuschüsse/Beihilfen/
Kostenübernahme

- (1)
- 2. Zuschüsse/Beihilfen/Kostenübernahme von lokalen/regionalen Gebietskörperschaften (2)
- 3. Spenden/Schenkungen/Erbschaften (3)
- 4. Zuschüsse von ausländischen Organisationen (4)
- 5. Eigenmittel (z.B. Mitgliedsbeiträge, Publikationen, Sponsoring, etc.) (5)
 - ↳ dabei
 - 5.1 Einnahmen/Entgelte für Bereitstellung der Dienstleistung (5.1)
 - 5.2 Mitgliedsbeiträge (5.2)
 - 5.3 Publikationen, Erträge aus Vermögensverwaltung, etc. (5.3)
- 6. Zuschüsse durch Mitgliedschaft in Stiftungen/Verbänden (6)
- 7. EU-Programme (7)
- 8. Sonstige (8)

↳ welche Finanzierungsquellen?.....

II. Situation der Träger sozialer Dienste im Transformationsprozess

8. Bitte erläutern Sie in Stichworten, in welchen Feldern der Sozialen Arbeit bzw. in welchen Organisationsbereichen (z.B. Finanzierung, Gesetzgebung, gesellschaftliches Meinungsbild) in den letzten Jahren die größten Schwierigkeiten für Sie als Träger lagen.

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

9. Haben Sie die Möglichkeit Ihre Interessen gegenüber staatlichen Behörden zu artikulieren (z.B. durch feste Ansprechpartner)?

ja (1)

nein (2)

Falls ja,

↳ in welcher Form? (Mehrfachnennungen möglich!)

Konsultationsverfahren (1.1)

Anhörungen (1.2)

Gremienvertretung /-mitarbeit (1.3)

Persönlicher Kontakt (1.4)

Sonstige (1.5)

↳ auf welchen Ebenen? (Mehrfachnennungen möglich!)

National (1.6)

Regional (Distrikte, Bezirke, Regionen, Länder) (1.7)

Kommunal (1.8)

Falls nein,

↳ würden Sie gerne eine strukturierte Beziehung zu staatlichen Stellen aufbauen?

ja (2.1)

nein (2.2)

↳ Falls ja: was wird von Ihrer Organisation/Einrichtung gegenwärtig veranlasst, um die Situation zu verbessern?.....

.....

.....

.....

10. Beziehung Ihrer Organisation/Einrichtung mit staatlichen Behörden

A: Findet ein regelmäßiger Austausch (im Sinne von Konsultationsverfahren, Anhörungen, Gremienarbeit, etc.) zwischen Ihrer Organisation/Einrichtung und staatlichen Behörden statt?

(1) nein (2) ja

↳ Falls ja, wie oft findet dieser Austausch statt?

- 1. Einmal im Jahr (1.1)
- 2. Zweimal im Jahr (1.2)
- 3. Einmal im Monat (1.3)
- 4. Aufgabenabhängig/Projektbezogen (1.4)
- 5. Unklare oder keine Vorgaben (1.5)

- 6. Sonstiges (1.6)

B: Wie würden Sie die Beziehung Ihrer Organisation/Einrichtung mit der für Sie am relevantesten staatlichen Ebene charakterisieren?

- Sehr gut (1)
- Gut (2)
- Mittelmäßig (3)
- Schlecht (4)
- Sehr schlecht (5)

11. An welchen Prozessen bzw. Aufgaben ist Ihre Organisation/Einrichtung direkt beteiligt bzw. engagiert sich gegenwärtig? (Mehrfachnennungen möglich!)

- 1. Soziale Anwaltschaft, sozialpolitische/gesellschaftliche Lobbyarbeit (1)
- 2. (Sozial-)Gesetzgebung (2)
- 3. Rechtliche Stellung als Anbieter sozialer Dienste (inkl. Gemeinnützigkeitsrecht) (3)
- 4. Bewerbung EU-Programme (4)
- 5. Bedarfsplanung (5)
- 6. Qualitätsstandards (6)
- 7. Ausbildungsstandards (7)

- 8. Sonstige (8)

↳ an welchen?.....

.....

III. Bestehende Kooperationen und grenzüberschreitende soziale Dienste (Ist-Zustand)

12. Kooperiert Ihre Organisation/Einrichtung mit anderen Trägern sozialer Dienste innerhalb Ihres Landes?

ja (1)

nein (2)

Falls ja,

↳ mit welchen? -----

-

-

-

↳ auf welcher Grundlage?

1. Informeller/formeller Informations- und Erfahrungsaustausch

(1.1)

2. Kooperations-/Partnerschaftsvertrag

(1.2)

13. Kooperiert Ihre Organisation/Einrichtung mit deutschen Trägern sozialer Dienste (z.B. mit Wohlfahrtsverbänden und/oder Kommunen/Städte)?

ja (1)

nein (2)

Falls ja,

↳ mit welchen? -----

-

--

-

↳ welche Bereiche umfasst diese Kooperation? (Mehrfachnennungen möglich!)

1. (Fach-)Wissen/Know How

(1.1)

2. Personalaustausch

(1.2)

3. Ausbildung/Schulung/Qualifikation

(1.3)

4. Austausch von Informationen

(1.4)

5. Finanz- und Rechnungswesen

(1.5)

6. Gemeinsame Anträge um EU-Fördermittel

(1.6)

7. Sonstige

(1.7)

↳ Welche?.....

14. Bestehen Kontakte/Kooperationen zwischen Ihrer Organisation/Einrichtung und denen anderer EU-Mitgliedsstaaten?

ja (1)

nein (2)

Falls ja,

↳ mit welchen Staaten?-----

-

↪ welche Bereiche umfasst diese Kooperation? (Mehrfachnennungen möglich!)

- | | | |
|--|--------------------------|-------|
| 1. (Fach-)Wissen/Know How | <input type="checkbox"/> | (1.1) |
| 2. Personalaustausch | <input type="checkbox"/> | (1.2) |
| 3. Ausbildung/Schulung/Qualifikation | <input type="checkbox"/> | (1.3) |
| 4. Austausch von Informationen | <input type="checkbox"/> | (1.4) |
| 5. Finanz- und Rechnungswesen | <input type="checkbox"/> | (1.5) |
| 6. Gemeinsame Anträge um EU-Fördermittel | <input type="checkbox"/> | (1.6) |
| 7. Sonstige | <input type="checkbox"/> | (1.7) |

↪ Welche?.....

15. Kooperieren Sie mit Trägern sozialer Dienste in anderen EU-Beitrittsstaaten?

ja (1) nein (2)

Falls ja,

↪ mit Trägern welcher Länder?

- | | | |
|-----------------------|--------------------------|-------|
| Polen | <input type="checkbox"/> | (1.1) |
| Tschechische Republik | <input type="checkbox"/> | (1.2) |
| Slowakische Republik | <input type="checkbox"/> | (1.3) |
| Ungarn | <input type="checkbox"/> | (1.4) |
| Sonstige | <input type="checkbox"/> | (1.5) |

↪ welche?.....

↪ auf welchen Gebieten kooperieren Sie? (Mehrfachnennungen möglich!)

- | | | |
|--|--------------------------|--------|
| 1. (Fach-)Wissen/Know How | <input type="checkbox"/> | (1.8) |
| 2. Personalaustausch | <input type="checkbox"/> | (1.9) |
| 3. Ausbildung/Schulung/Qualifikation | <input type="checkbox"/> | (1.10) |
| 4. Austausch von Informationen | <input type="checkbox"/> | (1.11) |
| 5. Finanz- und Rechnungswesen | <input type="checkbox"/> | (1.12) |
| 6. Gemeinsame Anträge um EU-Fördermittel | <input type="checkbox"/> | (1.13) |
| 7. Sonstige | <input type="checkbox"/> | (1.14) |

↪ Welche?.....

16. Grenzüberschreitende (internationale) soziale Dienste/Sozialarbeit: Kooperiert Ihre Organisation/Einrichtung mit Anbietern sozialer Dienste in anderen Ländern bzw. bieten Sie soziale Dienstleistungen auch für Personen an, die ihren Wohnsitz außerhalb Ihres Landes haben?

ja (1) nein (2)

Falls ja,

↪ Bieten Sie soziale Dienste in benachbarten Grenzregionen an?

ja (1.1) nein (1.2)

↪ mit welchen Ländern kooperieren Sie grenzüberschreitend? (Mehrfachnennungen möglich!)

- | | | |
|-------------|--------------------------|-------|
| Deutschland | <input type="checkbox"/> | (1.3) |
| Österreich | <input type="checkbox"/> | (1.4) |

Polen	<input type="checkbox"/>	(1.5)
Ungarn	<input type="checkbox"/>	(1.6)
Tschechische Republik	<input type="checkbox"/>	(1.7)
Slowakische Republik	<input type="checkbox"/>	(1.8)
Andere EU-Beitrittsstaaten	<input type="checkbox"/>	(1.9)
Ehem. GUS-Staaten	<input type="checkbox"/>	(1.10)
Sonstige	<input type="checkbox"/>	(1.11)

↳ welche?.....

17. Erhalten bzw. erhielten Sie finanzielle Leistungen aus EU-Förderprogrammen ?
ja (1) nein (2)

Falls ja,
↳ aus welchen EU-Förderprogrammen? (Mehrfachnennungen möglich!)

1. PHARE	<input type="checkbox"/>	(1.1)
2. INTERREG	<input type="checkbox"/>	(1.2)
3. CONSENSUS	<input type="checkbox"/>	(1.3)
4. ACCESS	<input type="checkbox"/>	(1.4)
5. LEONARDO DA VINCI	<input type="checkbox"/>	(1.5)
6. Europäischer Sozialfonds (ESF)	<input type="checkbox"/>	(1.6)
7. Sonstige	<input type="checkbox"/>	(1.7)

↳ aus welchen?.....
.....

18. Haben Sie sich als Organisation/Einrichtung in der Vergangenheit bereits um eine Projektförderung im Rahmen von EU-Förderprogrammen beworben?
ja (1) nein (2)

Falls ja,
↳ um welche EU-Förderung handelt es sich hierbei?
.....
.....
.....

↳ war die Antragstellung erfolgreich?
ja (1.1) nein (1.2)

↳ hatten Sie dabei Kooperationspartner?
ja (1.3) nein (1.4)

↳ wenn ja, welche?-----
.....
.....

IV. Weitere Bedarfe an Kooperation und Beratung (Soll-Zustand)

19. Sind Sie an einer intensiveren Kooperation mit deutschen Trägern sozialer Dienste interessiert?

ja (1)

nein (2)

Falls ja,

↳ in welchen Bereichen?

.....
.....
.....
.....
.....

20. Sind Sie an einer Beratungsleistung von Seiten deutscher Träger sozialer Dienste interessiert?

ja (1)

nein (2)

Falls ja,

↳ In welchen Bereichen sehen Sie Beratungsbedarf? (bitte max. 3 Nennungen!)

- | | |
|---|---------------------------------|
| 1. Aufbau von Infrastruktur | <input type="checkbox"/> (1.1) |
| 2. Ausbildung/Schulung/Qualifikation | <input type="checkbox"/> (1.2) |
| 3. Informations- u. Kommunikationstechnologie | <input type="checkbox"/> (1.3) |
| 4. (Sozial-)Management | <input type="checkbox"/> (1.4) |
| 5. Finanzierung | <input type="checkbox"/> (1.5) |
| 6. Betriebswirtschaftliche Fragen | <input type="checkbox"/> (1.6) |
| 7. Qualität sozialer Dienste | <input type="checkbox"/> (1.7) |
| 8. EU-Institutionen (Aufbau, Funktion) | <input type="checkbox"/> (1.8) |
| 9. EU-Recht/Daseinsvorsorge | <input type="checkbox"/> (1.9) |
| 10. EU-Fördermittel/Ausschreibungsverfahren | <input type="checkbox"/> (1.10) |
| 11. Fachlicher Informations- u. Erfahrungsaustausch
zu einzelnen Feldern sozialer Arbeit | <input type="checkbox"/> (1.11) |
| 12. Erfahrungsaustausch/-transfer | <input type="checkbox"/> (1.12) |
| 13. Soziale Anwaltschaft, sozialpolitische und
gesellschaftliche Lobbyarbeit | <input type="checkbox"/> (1.13) |
| 14. Fundraising | <input type="checkbox"/> (1.14) |
| 15. Vernetzung mit nationalen Trägern | <input type="checkbox"/> (1.15) |
| 16. Vernetzung mit EU-Institutionen | <input type="checkbox"/> (1.16) |
| 17. Vernetzung mit deutschen Akteuren | <input type="checkbox"/> (1.17) |

18. Sonstige

(1.18)

↳ welche?.....

.....

Abschließende Frage: Sind Sie daran interessiert, die Auswertung dieser Befragung zu erhalten?
ja nein

Vielen Dank für Ihre Zusammenarbeit!



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Deutscher Verein
für öffentliche und
private Fürsorge

ISS
Gemeinnütziger e.V.



Observatorium für die
Entwicklung der sozialen
Dienste in Europa

--	--

Country

Interview-Nr.

SURVEY ON THE DEMAND OF CO-OPERATION AND CONSULTATION WITH PROVIDER OF SOCIAL SERVICES IN EU-ACCESSION COUNTRIES

In the context with the forthcoming accession of further countries into the European Union, the 'Observatory for the Development of Social Services in Europe' (*for more information about the Observatory, please find attached note*) is organising and co-ordinating this survey. The main objective of the questionnaire is to get information about the demand of co-operation and consultation from the perspective of social service providers in the accession countries Poland, Slovakia, Czech Republic and Hungary. Furthermore, the survey will investigate into the possibilities for cross-border co-operation.

The survey (incl. interviews) is developed and co-ordinated in close co-operation with the Central German Associations of welfare organisations – i.e. the Arbeiterwohlfahrt, the German Caritas Association, German Red Cross, the Diakonisches Werk of the Protestant Church in Germany, the German Paritätische Wohlfahrtsverband and the Zentralwohlfahrtsstelle of the Jewish in Germany – and the local authorities.

The central outcomes of the survey will result in a analyse-workshop in December 2003. One objective of the workshop is to elaborate concrete recommendations concerning possible assistance in the transformation process. Interested organisations/facilities, who are involved in this survey, do have the possibility to receive the final results.

We would be very honoured if you – as a provider of social services in one of the EU-accession countries – would participate voluntarily on that survey.

Thank you very much for your assistance!

I. Information about your organisation/facility

1. Name and address (please complete!)

Name:
 (original language)
 Name:
 (corresp. translation into German/English)
 Address:
 Country:
 Phone/fax:
 Email:
 Website:

2. What kind of provider are you?

- Public (central-state,local) (1)
 Non-profit (NPO/NGO) (2)
 Private commercial (3)
 Other (4)
 ↳ If other, what kind of provider?

3. How many persons are working in your organisation/facility? (Please fill in the number)

- thereof, (1)
 ↳
 1. Full-time: (1.1)
 2. Part-time: (1.2)
 3. Other form of employment: (1.3)
 4. Voluntary (1.4)

4. Which legal status does your organisation/facility have?

1. Association (non-commercial) (1)
 2. Foundation (2)
 3. Cooperative (3)
 4. Public authority/legal entity of the public law (4)
 5. Commercial corporate entity (e.g. Ltd., stock corporation, limited partnership) (5)
 6. Other (6)
 ↳ if other legal status, please specify:

5. Organisation in umbrella organisations

A. Are you a member of any national umbrella organisation?

yes (1)

no (2)

If yes,

↳ affiliated to which umbrella organisation? (please fill in original name and correp. translation into English or German)

.....

.....

↳ Does the umbrella organisation receive subsidies by the state?

yes (1.1) no (1.2)

↳ Is this umbrella organisation independent from state bodies?

yes (1.3) no (1.4)

B. Are you a member of any trans-national or European umbrella organisation?

yes (1)

no (2)

If yes,

↳ in which umbrella organisation?.....

.....

6. In which fields are you providing social services? (please tick as appropriate!)

- 1. Child and youth welfare (1)
- 2. Elderly care/Nursing care (2)
- 3. Drug problems/Other types of addiction (3)
- 4. Family assistance (4)
- 5. People with disabilities (5)
- 6. Social assistance/Basic assistance (6)
- 7. Adult education/Vocational training (7)
- 8. Homeless people (8)
- 9. Migration (9)
- 10. Health services (10)
- 11. Others (11)

↳ which fields?

.....

.....

.....

7. What are your main sources of funding? (please tick as appropriate!)

- 1. (Central-) state authority funding/subsidy/cost transfer (1)
- 2. Local or regional authority funding/subsidy/cost transfer (2)
- 3. Donation/Inheritance (3)

4. Funding by international organisation (4)

5. Own resources (e.g. membership fees, publications, sponsorship) (5)

 ↳ thereof

 5.1 Fees for the provision of services (5.1)

 5.2 Membership fees (5.2)

 5.3 Publications, income from financial or real estate capital (5.3)

6. Funding as a result of the membership to foundations/associations (6)

7. EU-funded programmes (7)

8. Others (8)

 ↳ what kind of funding?.....

II. The situation of social service providers in the transformation process

8. Please explain shortly from your perspective as a social service provider, where you did encounter the biggest problems in the different fields of social work and organisational areas (like financing, public legislation, lack of opinions in the society).

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

9. Do you have the opportunity to articulate your interests to (national) public authorities (e.g. by regular meeting with co-operation partners)?

yes (1) no (2)

If yes,

↳ which form? (please tick as appropriate!)

Consultation processes (1.1)
Hearings (1.2)
Membership/co-operation in committees (1.3)
Personal contact (1.4)
Other (1.5)

↳ on which levels? (please tick as appropriate!)

National (1.6)
Regional (districts, regions, areas) (1.7)
Local (1.8)

If no,

↳ would you like to develop a structured relationship to (national) public authorities?

yes (2.1) no (2.2)

↳ if yes: what is your organisation/facility currently doing to improve the situation?.....

.....

.....

.....

10. The relationship with (national) public authorities

A: Are there regular forms of exchanges (i.e. consultation processes, hearings, co-operation in committees) between your organisation/facility and (national) public authorities?

yes (1) no (2)

↳ **If yes, how often?**

- 1. Once a year (1.1)
- 2. Two times a year (1.2)
- 3. Once a month (1.3)
- 4. Depends on projects/tasks (1.4)
- 5. Not clear or no regulations (1.5)

- 6. Others (1.6)

B: How would you characterise the relationship between your organisation/facility and the (national) public authority most relevant for your work?

- Very good (1)
- Good (2)
- Neutral (3)
- Bad (4)
- Very bad (5)

11. On which processes or tasks is your organisation/facility currently participating?
(please tick as appropriate!)

- 1. Social advocacy/Lobbying in the field of social policy (1)
- 2. Legislation (esp. in the field of social issues) (2)
- 3. Legal position as provider of social services (incl. Charity law and regulation) (3)
- 4. Application for EU-funded programmes (4)
- 5. Demand planning (5)
- 6. Quality standards (6)
- 7. Training/Education standards (7)

- 8. Other (8)

↳ which processes or tasks?.....
.....
.....

III. Existing co-operations and cross-border social services (actual state)

12. Does your organisation/facility co-operate with other providers of social services within your country?

yes (1) no (2)

If yes,

↳ which providers? -----

↳ in which form or on which basis?

1. Informal/formal exchange of information and experiences (1.1)

2. Contract on co-operation/partnership (1.2)

13. Does your organisation/facility co-operate with German providers of social services (e.g. welfare organisations and/or local authorities/cities)?

yes (1) no (2)

If yes,

↳ with which providers?-----

↳ the co-operation covers the following area(s)/field(s): (please tick as appropriate!)

1. (Specialised) Knowledge/Know How (1.1)

2. Exchange of personal (1.2)

3. Training/Education/Qualification (1.3)

4. Exchange of information (1.4)

5. Financial concerns and accountancy (1.5)

6. Co-ordinated application for EU-funding (1.6)

7. Other (1.7)

↳ which ones?.....

14. Do you have contacts/co-operations with organisations/facilities in other EU-member states?

yes (1) no (2)

If yes,

↳ to which countries?-----

↳ the co-operation covers following area(s)/field(s): (please tick as appropriate!)

1. (Specialised) Knowledge/Know How (1.1)

2. Exchange of personal (1.2)

3. Training/Education/Qualification (1.3)

4. Exchange of information (1.4)

5. Financial concerns and accountancy (1.5)

6. Co-ordinated application for EU-funding (1.6)

7. Other (1.7)

↳ which ones?.....

15. Do you co-operate with providers of social services in other EU-accession countries?

yes (1) no (2)

If yes,

↳ provider from which countries?

Poland	<input type="checkbox"/>	(1.1)
Czech Republic	<input type="checkbox"/>	(1.2)
Slovakia	<input type="checkbox"/>	(1.3)
Hungary	<input type="checkbox"/>	(1.4)
Other	<input type="checkbox"/>	(1.5)

↳ which countries?.....

↳ the co-operation covers the following area(s)/field(s): (please tick as appropriate!)

1. (Specialised) Knowledge/Know How	<input type="checkbox"/>	(1.1)
2. Exchange of personal	<input type="checkbox"/>	(1.2)
3. Training/Education/Qualification	<input type="checkbox"/>	(1.3)
4. Exchange of information	<input type="checkbox"/>	(1.4)
5. Financial concerns and accountancy	<input type="checkbox"/>	(1.5)
6. Co-ordinated application for EU-funding	<input type="checkbox"/>	(1.6)
7. Other	<input type="checkbox"/>	(1.7)

↳ which ones?.....

16. Cross-border (international) social services/social work: Does your organisation/facility co-operate with providers of social services trans-regional in cross-border projects or do you provide social services for users who have their residence outside your country?

yes (1) no (2)

If yes,

↳ Do you provide social services in border regions?

yes (1.1) no (1.2)

↳ with providers from which countries are you co-operating trans-regional in cross-border projects? (please tick as appropriate!)

Germany	<input type="checkbox"/>	(1.3)
Austria	<input type="checkbox"/>	(1.4)
Poland	<input type="checkbox"/>	(1.5)
Hungary	<input type="checkbox"/>	(1.6)
Czech Republic	<input type="checkbox"/>	(1.7)
Slovakia	<input type="checkbox"/>	(1.8)
Other EU-accession countries	<input type="checkbox"/>	(1.9)
Former CIS-states	<input type="checkbox"/>	(1.10)
Other	<input type="checkbox"/>	(1.11)

↳ which?.....

17. Do you currently receive or did you receive any financial support from EU-programmes ?

yes (1)

nein (2)

If yes,

↳ which support programmes? (please tick as appropriate!)

- 1. PHARE (1.1)
- 2. INTERREG (1.2)
- 3. CONSENSUS (1.3)
- 4. ACCESS (1.4)
- 5. LEONARDO DA VINCI (1.5)
- 6. European Social Fund (ESF) (1.6)
- 7. Other (1.7)

↳ which programmes?.....
.....

18. Did your organisation/facility already apply for the support of specific projects in the context of programmes funded by the EU?

yes (1)

no (2)

If yes,

↳ For what kind of EU-funded programmes?

.....
.....
.....

↳ has the application been successful?

yes (1.1)

no (1.2)

↳ did you have any co-operation partners?

yes (1.3)

no (1.4)

↳ if yes, which ones?-----

IV. Further demands for co-operation and consultation (target state)

19. Are you interested in a more intensive co-operation with organisations and providers of social services in Germany?

yes (1) no (2)

If yes,

↳ this should include the following area(s)/field(s):

.....

.....

.....

.....

.....

20. Are you interested in consulting services or other forms of support by German organisations and providers of social services?

yes (1) no (2)

If yes,

↳ In which area(s)/field(s) do you see any necessity for consulting? (please tick **max. 3 boxes!**)

- 1. Development of infrastructure (1.1)
- 2. Training/Education/Qualification (1.2)
- 3. Information and communication technology (1.3)
- 4. (Social-) Management (1.4)
- 5. Financing (1.5)
- 6. Business management/administration (1.6)
- 7. Quality of social services (1.7)
- 8. EU-institutions (structure, function) (1.8)
- 9. EU-law/Services of general interest (1.9)
- 10. EU-funds/tender procedure (1.10)
- 11. Exchange of information and experience
in the fields of social work (1.11)
- 12. Exchange and transfer of experiences (1.12)
- 13. Social advocacy/lobbying in the field
of social policy (1.13)
- 14. Fundraising (1.14)
- 15. Networking with national provider (1.15)
- 16. Networking with EU-institutions (1.16)
- 17. Networking with German provider (1.17)

18. Other (1.18)

↳ which areas?.....

Final question: Are you interested in receiving the analysis of this survey?
yes no

Thank you very much for your assistance!

Teilnehmende

Achmann, Ulrike	Landescaritasverband Bayern, München	ulrike.achmann@caritas-bayern.de
Ballhausen, Werner	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Berlin	werner.ballhausen@bag-wohlfahrt.de
Balon, Krzysztof	Beratungs- und Koordinierungsstelle d.dt-poln.Zusammenarb. i. sozialen Bereich, Salzgitter	ce.eu@paritaet.org
Bényei, Andrásné	Ass.of Nonprofit Human Services Hungary, Budapest/Ungarn	nonprofit@chello.hu
Bernsdorff, Gerlinde	DRK-KV Berlin-Reinickendorf e. V.	bernsdorffG@drk-reinickendorf.de
Bodin, Kathrin	Europabüro Diakonie Regional, Brüssel	Bodin@Diakonie-Regional.DE
Braun v.d. Brélie, Jutta	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt/M.	braunvdb@deutscher-verein.de
Brune, Diethelm	Ev. Johannesstift, Berlin	diethelm.brune@johannesstift-berlin.de
Bürkner, Maria-Carola	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin	maria-carola.buerkner@bmfsfj.bund.de
Dreiske, Hans-Herbert	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Berlin	alsoz@paritaet.org
Fichtner, Barbara	Ev. Johannesstift, Berlin	Barbara.Fichtner@johannesstift-berlin.de
Forizs, Judit	Ungarisches Rotes Kreuz, Budapest/Ungarn	intdept@hrc.hu; forizs@hrc.hu
Führ, Axel	Diakonisches Werk der EKD, Brüssel	fuehr@edpnet.be
Gasperova, Maria	Tabita n.o., Bratislava/Slowakei	tabita@tabita.sk
Gebhardt, Walter, Dr.	Diakonie, Europa-Institut für Sozialarbeit und internationale Gemeinschaftsdienste, Neuendettelsau	Gebhaw@diakonieneuen-dettelsau.de
Goldammer, Götz, Dr.	DRK LV-Sachsen, Dresden	dr.g.goldammer@drksachsen.de; eu@drksachsen.de
Gozdik, Stefania	Diakonia Diecezji Wroclaw/Polen	gozdzik@diakonia.pl
Gruner, Barbara	Arbeiterwohlfahrt International, Berlin	barbara.gruner@awointernational.de
Haas, Hanns-Stephan, Prof. Dr.	Diakonische Akademie Deutschland, Berlin	haas@diakonische-akademie.de
Herdt, Igor	Student FHS, Berlin	herdt@worldonline.de
Hlousek, Jan	Citizens advice centre, Kralove/Tschechien	Hradec ops@email.cz
Hlouskova, Zuzana	Citizens advice centre, Kralove/Tschechien	Hradec ops@email.cz

Hoffmann, Jürgen	DW Thüringen, Eisenach	kreisstellen@ diakonie-thueringen.de
Holzer, Beatrix	Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa, Frankfurt/M.	beatrix.holzer@ iss-ffm.de
Hömke, Christina	Parität. Wohlfahrtsverband, LV- Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin	info@paritaet-mv.de
Hovannesjan, Marina	Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat, Berlin	hovannem@drk.de
Jessel, Barbara	Parität. Wohlfahrtsverband, LV- Brandenburg, Potsdam	arbeit-europa@ paritaet-brb.de
Jozefczyk, Jaroslaw	Municipal Welfare Centre Gdynia/Polen	j_jozefczyk@op.pl; mops_gdynia@inetia.pl
Jung, Michael, Dr.	Stephanus-Stiftung, Berlin	michael.jung@ stephanus-stiftung.de
Kaminski, Heike	Parität. Wohlfahrtsverband, LV- Brandenburg, Potsdam	soziale.hilfen@ paritaet-brb.de
Kinyik, Margit	Szocio East Ass.Reg.Research Centre, Nyiregyháza/Ungarn	e.szocio-east@chello.hu
Jan Jakob Klamann	Stiftung für gegenseitige Hilfe "Barha", Polen	
Koldinska, Kristina, Dr.	Karlsuniversität, Prag/Tschechien	koldinskak@centrum.cz
Könitz, Werner	DW d.Ev.-luth.Kirche Oldenburg, Oldenburg	werner.koenitz@ diakonie-oldenburger- land.de
Korf, Ernst- August	Stiftung Eben-Ezer, Lemgo	Ernst-August.Korf@ Eben-Ezer.DE
Lange, Chris, Dr.	FHS, Berlin	chrislange@snafu.de
Lenz-v. Traiteur, Carola	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Bonn	LVT@awobu.awo.org
Leszczuk- Fiedziukiewicz, Anna	Caritas Polen, Warschau/Polen	afiedziukiewicz@ caritas.pl
Liewald, Tilo	Paritätische Akademie, Berlin	tg.liewald@akademie.org
Linzbach, Christoph	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin	christoph.linzbach@ bmfsfj.bund.de
Löhnert, Eberhard, Dr.	Parität. Wohlfahrtsverband LV- Berlin	loehnert@ paritaet-berlin.de
Malousek, Alois, Dr.	Tschechisches Rotes Kreuz, Prag/Tschechien	cck.zahranicni@iol.cz
Martens, Rudolf, Dr.	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Berlin	eu@paritaet.org
Mäser, Oliver	DW-Sachsen, Radebeul	eu.fachberatung@ diakonie-sachsen.de
Maucher, Mathias	Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa, Frankfurt/M.	http://www.soziale- dienste-in-europa.de
Michael, Bernd	Stephanus-Stiftung, Berlin	am.weissen.see@ stephanus-stiftung.de
Mohr, Manfred, Dr.	Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat, Berlin	mohrm@drk.de

Möhle, Marion, Dr.	Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e.V., Frankfurt/M.	http://www.bagwfb.de
Möhring, Ute	Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat, Berlin	moehrinu@drk.de
Moskal, Magdalena	Caritas Polen, Warschau/Polen	mmoskal@caritas.pl
Öner, Özgür, Dr.	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Brüssel	eu.bruessel@paritaet.org
Ogurcáková, Eva	Theatre of the Passage, Banská Bystrica/Slowakei	divpasaz@hotmail.com
Pascher, Heinz	Beratungs-und Koordinierungsstelle d.dt.-poln. Zusammenarbeit sozialen Bereich, Salzgitter	heinz.pascher@depolsozial.de
Peters, Klaus	Parität. Wohlfahrtsverband, Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin	LV- KPeters@paritaet-mv.de ; paritaetmvnb@web.de
Pisonova, Ivana	Theatre of the Passage, Banská Bystrica/Slowakei	divpasaz@hotmail.com
Ploch, Leszek, Dr.	DRK-KV Berlin-Reinickendorf e. V.	bernsdorffG@drk-reinickendorf.de
Polacsek, Györgyi	Ungarisches Rotes Kreuz, Budapest/Ungarn	intdept@hrc.hu
Prinz, Uwe	Arbeiterwohlfahrt, Strausberg	awo.strausberg@ewetel.net
Ragati, Manfred, Dr.	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Bonn/Bundesarbeits- gemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Berlin	regina.klug@bag-wohlfahrt.de
Riemann- Hanewinckel, Christel, PSts	Bundesministerium f. Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin	christel.riemann-hanewinckel@bmfsfj-bund.de
Ritter, Horst	Wittekindshof Diak. Stift., Bad Oeynhausen	horst.ritter@wittekindshof.de
Sadowska, Barbara	Barka Foundation for Mutual Help, Poznan/Polen	dudzinska@barka.org.pl
Salmova, Olga	Slowakisches Rotes Kreuz, Levice/Slowakei	sus.levice@redcross.sk
Schalk, Maria- Theresia	Parität. Wohlfahrtsverband, Hessen, Frankfurt/M.	LV- maritz.schalk@paritaet-hessen.org
Scheer, Doris	DW-Schleswig-Holstein, Rendsburg	scheer@diakonie-sh.de
Scholz, Stephanie, Dr.	Diakonisches Werk der EKD, Berlin	scholz@diakonie.de
Schumacher, Werner	Caritasverband für das Bistum Aachen, Aachen	Wschumacher@caritas-ac.de
Schwarz, Karel, Dr.	SKOK (Verein d. Fachkonf. d. nichtstaatl. Non-profit-Org. i. u. gesundheits-soz. Bereich)/ Karlsuniversität, Prag	schwarz_karel@seznam.cz
Shamsi, Kristina	DRK-KV Berlin-Reinickendorf e. V.	bernsdorffG@drk-reinickendorf.de

Singer, Sarah	Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Berlin	sarah.singer@gmx.net
Sitarek, Robert	Diakonia Diecezji Wrodawskiej, Wroclaw/Polen	sitarek@diakonia.pl
Sochorova, Linda	Tschechisches Rotes Kreuz, Prag/Tschechien	cck.zahranicni@iol.cz
Spaczynska, Ewa	Union of Jewish Communities of Poland, Warschau/Polen	ewa_s@jewish.org.pl
Speck, Andreas	Landesstelle gegen die Suchtgefahren f. Schleswig-Holstein, Kiel	sucht@issh.de
Spennes-Kleutges, Andrea	Ev. Johannesstift, Berlin	andrea.spennes-kleutges@johannesstift-berlin.de
Sperling, Stephan	Bayerisches Rotes Kreuz, München	Sperling@LGST.BRK.DE
Sutryk, Jacek	AG d. Verbände Sozialer Organisationen WRZOS, Warschau/Polen	wrzos@wrzos.org.pl
Szczukowska, Mira	Studentin, FHS Berlin	mirabem@yahoo.de
Szerbak, Aneta	Parität. Wohlfahrtsverband, LV-Brandenburg, Potsdam	aneta.szerbak@paritaet-brb.de
Szynka, Peter	DW d.Ev.-luth.Kirche Oldenburg, Oldenburg	peter.szynka@diakonie-oldenburgerland.de
Tomankova, Sona	Slowakisches Rotes Kreuz, Levice/Slowakei	sus.levice@redcross.sk
Trabant, Heide, Dr.	Parität. Wohlfahrtsverband, LV-Berlin	trabant@paritaet-berlin.de
Zimmermann, Anja	Ev. Johanneswerk, Bielefeld	anja-zimmermann@johanneswerk.de
Zychlinska, Magdalena	Polnisches Rotes Kreuz, Warschau/Polen	magdaz@pck.org.pl

Internetadressen

www.bag-wohlfahrt.de / www.deutscher-verein.de

www.zwst.org / www.caritas.de/ www.drk.de / www.diakonie.de / www.awo.de
http://www.awo.de/ www.paritaet.org

www.wrzos.org.pl / www.diakonie.cz / www.caritas.pl

www.magyarorszag.hu/ugyintezo

- (Ungarn: Regierungs- und Verwaltungsportal)

www.poland.pl

- (Polen: Link zu Regierung)

http://europa.eu.int/abc/governments/new_eu_members/index_de.htm

- (allg. Link des EU servers zu allen Regierungen der EU Mitgliedstaaten)

www.dstgb.de / www.staedtetag.de / www.landkreistag.de

www.bmfsfj.de

www.soziale-dienste-in-europa.de

www.hoffnung-fuer-osteuropa.de

www.eurodiaconia.org / www.caritas-europa.org / www.solidar.org /
www.redcross.int

www.socialplatform.org / www.europa.eu.int / www.mehr-europa.int